

Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 2/2026

Sitzung vom / Séance du 27.04.2026





VILLE DE
LUXEMBOURG

COMPOSITION DU CONSEIL COMMUNAL



Maurice Bauer
(CSV)



Lydie Polfer
(DP)



Simone Beissel
(DP)



Laurent Mosar
(CSV)



Corinne Cahen
(DP)



Patrick Goldschmidt
(DP)



Paul Galles
(CSV)



**Pascale Krombach-
Arend** (DP)



Anne Kaiffer
(DP)



Claude Radoux
(DP)



Colette Mart
(DP)



Sylvia Camarda
(DP)



Robert L. Philippart
(DP)



Angélique Bartolini
(CSV)



Bob Biver
(CSV)



Emilie Costantini
(CSV)



David Wagner
(déi Lénk)



Fabricio Costa
(Déi Gréng)



Nicolas Back
(Déi Gréng)



Christa Brömmel
(Déi Gréng)



François Benoy
(Déi Gréng)



Liudumila Branca
(Déi Gréng)



Maxime Miltgen
(LSAP)



Gabriel Boisante
(LSAP)



**Antonia Afonso
Bagine** (LSAP)



Marie-Marthe Muller
(LSAP)



Tom Weidig
(ADR)

TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 27. April 2026

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

I	Personalangelegenheiten der Zivilhospize (Gutachten)	159
II	Personalangelegenheiten des Sozialamts (Gutachten)	159
III	Personalangelegenheiten der Stiftung Jean-Pierre Pescatore (Gutachten)	159
IV	Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg	159

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

V	Fragen der Gemeinderäte	159
1)	Frage von Rätin Brömmel über die Umsetzung des <i>Drogendesch 2.0</i>	159
2)	Frage von Rat Benoy bezüglich der Nachfolge in der Leitung und der künftigen Ausrichtung des Konservatoriums sowie der Einstellungsverfahren für leitende Positionen bei der Stadt Luxemburg	160
3)	Frage von Rat Benoy über das <i>Tramsmusée</i> der Stadt Luxemburg	161
4)	Frage von Rat Costa bezüglich der Vermietung von Gewerbeflächen im Rahmen des Programms „Pop-Up Stores“	161
5)	Frage von Rat Costa über leerstehende Geschäftsflächen in der Hauptstadt	162
6)	Frage von Rat Weidig über ein Risiko für Fußgänger in der Rue de Bonnevoie bei der Place Wallis	163
VI	Verkehr	164
VII	Konventionen	165
VIII	Kostenvoranschläge	169
1)	Definitives Projekt für den Bau eines neuen Schulgebäudes mit Schulfoyer in Beggen	169
2)	Definitives Projekt für die Erneuerung des Data Centers, der Heizungs- und der Klimaanlage im Gebäude gelegen 2, Boulevard Franklin D. Roosevelt	173

IX	Urbanismus	174
	1) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE „Kirchberg Grünwald Sud [KIR-gs]“	174
	2) Neuordnung von Bauland	175
X	Außerordentliche Subsidien	175
XI	Gerichtsangelegenheiten	175
XII	Konvertierung/Schaffung von Posten	175

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

I PERSONALANGELEGENHEITEN DER ZIVILHOSPIZE (GUTACHTEN)

II PERSONALANGELEGENHEITEN DES SOZIALAMTS (GUTACHTEN)

III PERSONALANGELEGENHEITEN DER STIFTUNG JEAN-PIERRE PESCATORE (GUTACHTEN)

IV PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG

In öffentlicher Sitzung

V FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Frage von Rätin Brömmel über die Umsetzung des Drogendësch 2.0

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Der *Drogendësch 2.0* umfasst rund 60 interdisziplinäre Maßnahmen, die sich in die nationale Strategie zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit einfügen und darauf abzielen, die Situation der Einwohner der Stadt Luxemburg zu verbessern, insbesondere in den Stadtvierteln Gare und Bonneweg. Gleichzeitig sollen die spezifischen Gesundheitsbedürfnisse der drogenabhängigen Personen berücksichtigt werden.

Am 26. Januar 2026 hat der Gemeinderat bereits zwei Konventionen mit der Stiftung *Jugend- an Drogenhëllef* sowie dem Roten Kreuz genehmigt, die sich auf den *Drogendësch 2.0* beziehen.

- Kann der Schöffenrat den Gemeinderat über die konkrete Umsetzung der Maßnahmen des *Drogendësch 2.0* informieren?
- Welche Maßnahmen werden in Zukunft umgesetzt? In welchem Zeitrahmen? Mit welchen Partnerorganisationen?
- Welche konkreten Ergebnisse werden bis Ende 2026 erwartet?
- Wie wird die Bevölkerung informiert oder einbezogen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Problematik der Drogenkriminalität liegt uns sehr am Herzen. Der Aktionsplan „Drogendësch 2.0“ wurde am 8. Mai 2025 in der Abgeordnetenversammlung, den Einwohnern des Bahnhofsviertels und der Presse vorgestellt. Die beteiligten Akteure sind die direkt betroffenen Ministerien (Innen-, Justiz-, Gesundheits- und

Familienministerium), die Stadt Luxemburg sowie die Staatsanwaltschaft und die Polizei. Es wird sowohl auf Prävention als auch auf Repression gesetzt. Das Begleitgremium, das eingesetzt wurde, um die Umsetzung des Aktionsplans und die Koordination zu gewährleisten, ist bislang fünf Mal zusammengetreten (im September, Oktober und Dezember 2025 sowie zwei Mal im Januar 2026). Die einzelnen Maßnahmen sollen im Laufe des Jahres 2026 von den vier betroffenen Ministern und der Stadt Luxemburg vorgestellt werden. Wir können dem Gemeinderat aber einen Überblick über die Maßnahmen geben, die von der Stadt Luxemburg selbst umgesetzt werden.

Schöffin Corinne CAHEN: Einen großen Teil der Maßnahmen, die ich aufzählen werde, ist dem Gemeinderat sicherlich bekannt, da sie in der Sozialkommission bzw. im Gemeinderat thematisiert wurden. Ich werde nicht nur auf die bestehenden Projekte eingehen, sondern auch auf die Projekte, die sich in Ausarbeitung oder in der Umsetzungsphase befinden.

- Ausdehnung der Öffnungszeiten von zwei Tagesstrukturen für Obdachlose sowie der Struktur „Para-Chute“;
- Ausdehnung der Öffnungszeiten des „Kontakt 28“ der *Jugend- an Drogenhëllef* (zusätzlicher Posten, um eine Öffnung auch samstags zu ermöglichen);
- ein geplantes Day- und Night-Shelter in der Rue d'Eich (mit 20 Betten sowie mit medizinischer und sozialer Betreuung);
- ein neues, provisorisches Gebäude für den Abrigado auf dem Grundstück der aktuellen Struktur in der Route de Thionville (Fertigstellung bis Ende 2027) in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium;
- ein Housing-First-Projekt in der Rue Baudouin (12 Wohneinheiten, davon vier zugänglich für Personen mit eingeschränkter Mobilität);
- die „Maison de substitution“, die in Form einer modularen Struktur in der Rue Englebert Neveu entstehen soll, um alle Substitutionsangebote für drogenabhängige Menschen unter einem Dach unterzubringen. Bei der Ausarbeitung der Pläne wird besonders auf die Sicherheit des Personals und die Anonymität der Klienten (die zum Teil einer geregelten Arbeit nachgehen) geachtet, was eine klare Verteilung der Räumlichkeiten in Bezug auf die Bedürfnisse der einzelnen Benutzerkategorien voraussetzt. Die Substitutionsprogramme umfassen eine ärztliche Betreuung und Pflege sowie eine psychosoziale Begleitung. Das Gesundheitsministerium, der städtische *Service Bâtiments*, *Jugend- an Drogenhëllef* sowie weitere Akteure arbeiten eng zusammen, um festzustellen, ob in diesem Bereich noch weitere Kapazitäten benötigt werden.
- ein „sozialer Waschsalon“ (*buanderie sociale*), der in einer modularen Struktur im Bereich „Dernier Sol“ entstehen soll; dort werden neben Duschen und WCs auch Waschmaschinen bereitstehen (die in den bestehenden Strukturen „Bistrot Le Courage“ und bei InterActions sehr intensiv genutzt werden); es handelt sich dabei um ein Projekt, das vom Familienministerium finanziert wird;
- ein neues Gebäude für den „Kontakt 28“ in der Rue de Hollerich, da die Struktur derzeit wegen Überlastung keine neuen Klienten mehr annehmen kann; das Ziel besteht darin, den drogenabhängigen Personen einen geschützten Raum zur Verfügung zu stellen, wo sie ihre Drogen konsumieren können (ausschließlich durch Inhalation), und somit die Rue de Strasbourg und die Straßen in deren Umgebung zu entlasten; der

„Kontakt 28“ soll am neuen Standort nicht nur mehr Platz (auf zwei Etagen) bekommen, sondern auch längere Öffnungszeiten bieten können. Die Struktur wird auch Duschen, WCs, Ruhezonen sowie ein „café de rencontre“ umfassen.

Über diese Projekte hinaus ist zu erwähnen, dass die Stadt Luxemburg die Präsenz von Sicherheitspersonal im Umfeld verschiedener Strukturen (Schule und *Centre sociétaire et sportif* im Bahnhofsviertel, aber auch in der Oberstadt) verstärken will, und dass die „Visupol“-Kameraüberwachung im Bahnhofsviertel und in Bonneweg ausgedehnt wird.

2) Frage von Rat Benoy bezüglich der Nachfolge in der Leitung und der künftigen Ausrichtung des Konservatoriums sowie der Einstellungsverfahren für leitende Positionen bei der Stadt Luxemburg

Rat François BENOY (*déi gréng*): Der Direktor des Konservatoriums hat angekündigt, dass er sein Amt zum 1. September 2026 niederlegen wird, nachdem er fast 15 Jahre lang an der Spitze der Institution gestanden hat. Dieser Übergang ist ein wichtiger Meilenstein für die Zukunft und die strategische Ausrichtung des Konservatoriums, das die mehrere Tausend Schüler zählt und eine zentrale Rolle im kulturellen Leben der Hauptstadt und des Landes spielt.

- Wann wird die Stelle des Direktors des Konservatoriums offiziell ausgeschrieben, und wie sieht der vorläufige Zeitplan für das Einstellungsverfahren aus? Was sind die wichtigsten Etappen des Auswahlverfahrens, und welche Gremien oder Ausschüsse werden daran beteiligt sein?
- In welcher Weise wird das Lehrpersonal des Konservatoriums während des Einstellungsverfahrens sowie bei den Überlegungen zur künftigen Ausrichtung der Einrichtung einbezogen oder konsultiert?
- Wie lange wird die Amtszeit der künftigen Leitung betragen, und sieht der Schöffenrat eine befristete Amtszeit vor, wie dies bei bestimmten vergleichbaren Funktionen der Fall ist?
- Welche beruflichen und pädagogischen Kompetenzen und welche Führungsqualitäten werden im Stellenprofil besonders gefragt sein?
- Müssen die Bewerber im Rahmen ihrer Bewerbung eine strategische Vision oder ein Entwicklungsprojekt für die Zukunft des Konservatoriums vorlegen?

Zudem besteht derzeit kein Aufsichtsgremium (*Commission de surveillance*) für das Konservatorium mehr, obwohl ein solches Gremium eine wichtige Rolle bei der strategischen Begleitung, dem institutionellen Dialog und der Einbindung der verschiedenen betroffenen Akteure spielen kann.

- Beabsichtigt der Schöffenrat die Einrichtung bzw. Wiedereinsetzung eines Aufsichtsgremiums für das Konservatorium, um die Leitung bei ihren strategischen Aufgaben zu unterstützen?
- Beabsichtigt der Schöffenrat zudem die Einrichtung einer Instanz, die eine strukturierte Mitwirkung des Personals ermöglicht, beispielsweise in Form eines eigenen Personalausschusses des Konservatoriums?

Die Einstellungsverfahren werden in der Regel von der Personalabteilung (*Direction Ressources humaines*) der Stadt Luxemburg durchgeführt, wobei bei bestimmten Führungspositionen der Schöffenrat einbezogen wird. Da der Gemeinderat die allgemeinen Zuständigkeiten im Bereich des

Gemeindepersonals wahrnimmt und in mehreren anderen Städten Vertreter der Opposition in die Auswahlverfahren für die höchsten Führungspositionen einbezogen werden, stellt sich die Frage nach einer breiteren Beteiligung an den Einstellungsgremien.

- Beabsichtigt der Schöffenrat, künftig und insbesondere bei Führungspositionen der Stadt auch Vertreter der Opposition in die Auswahlverfahren einzubeziehen, beispielsweise durch deren Teilnahme an den Einstellungsgesprächen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Vor 20 Minuten haben wir die Demission des bisherigen Direktors des Konservatoriums, Herr Marc Meyers, zum 1. September 2026 angenommen. Die Ausschreibung des Postens erfolgt unverzüglich, d.h. noch diese Woche. Es handelt sich um eine interne Ausschreibung. Bewerben können sich der stellvertretende Direktor sowie diejenigen Professoren des Konservatoriums, die von der Stadt als Beamte beschäftigt und endgültig in die Besoldungsgruppe A1, Untergruppe Musikunterricht, ernannt wurden. Die Kandidaten müssen mindestens zehn Jahre lang als Professor am Konservatorium unterrichtet haben.

Die *Direction Ressources humaines* untersucht dann zunächst, ob die eingereichten Kandidaturen die in der Ausschreibung enthaltenen Voraussetzungen erfüllen. Wie beim letzten Mal wird dann eine *commission d'audition* zusammentreten. Mitglieder dieser Kommission sind Vertreter des Schöffenrates, die Direktoren der *Direction Ressources humaines* und des *Service Finances*, die Generalsekretärin sowie (als Beobachter) ein Vertreter der Personalvertretung. Es ist nicht vorgesehen, dass ein Vertreter der Oppositionsparteien in der Kommission vertreten ist – so wie dies noch nie der Fall war, auch nicht zu der Zeit, als *déi gréng* noch dem Schöffenrat angehörten. Ein Mitglied des Personals ist genauso wenig dabei, denn die Lehrer können sich ja selbst auf den Posten melden. Eine solche Vorgehensweise besteht weder im öffentlichen noch im privaten Sektor.

Die Dauer des Mandats ist – im Gegensatz zu verschiedenen Posten beim Staat – nicht begrenzt. Die Stelle wird also von der betreffenden Person so lange bekleidet, wie sie das wünscht und dazu in der Lage ist. Die erforderlichen Kompetenzen werden in der Ausschreibung aufgelistet. Es handelt sich um klassische Kompetenzen: « *être doté de bonnes compétences administratives, musicales et pédagogiques ; disposer de bonnes compétences de gestion ; (...) être doté des compétences sociales suivantes : (...)* ». Es soll sich also um eine Person handeln, die über die nötigen Kompetenzen verfügt, um eine so bedeutende und angesehene Einrichtung wie das Konservatorium zu leiten. Die Kandidaten müssen ein detailliertes Motivationsschreiben einreichen. Es ist davon auszugehen, dass sie darin verdeutlichen, welche Vorstellungen sie in Bezug auf das Konservatorium haben.

Die *Commission de surveillance du Conservatoire*, die per Gesetz vom 28. April 1998 als beratende Kommission geschaffen worden war, wurde bekanntlich durch das Gesetz vom 27. Mai 2022 über die Reorganisation des Musikunterrichts abgeschafft. Letzterer befindet sich jetzt im Kompetenzbereich des Unterrichtsministeriums – sowohl für den pädagogischen als auch für den administrativen und den finanziellen Bereich. Der Minister ernannt einen *Commissaire du gouvernement* für eine Amtszeit von sieben Jahren. Dieser hat eine Koordinations-, Kontroll- und Aufsichtsfunktion. Er soll auch dem Direktor des Konservatoriums beratend zur Seite stehen. Der Minister ernannt auch die Mitglieder der Programmkommission.

Nichtsdestotrotz beabsichtigt der Schöffenrat, wieder eine Kommission einzusetzen, die den Schöffen- und Gemeinderat in diesem Bereich begleiten kann. Wir werden das in das neue „*règlement organique*“ des Konservatoriums einschreiben. Im

Hinblick darauf warten wir auf das Gesetz Nr. 8469, das sich seit einiger Zeit in Ausarbeitung befindet und möglicherweise noch vor den Sommerferien 2026 von der Abgeordneten-kammer verabschiedet werden könnte. Wir werden sowohl den neuen und den jetzigen Direktor des Konservatoriums als auch die Lehrerschaft in die Ausarbeitung der neuen Geschäftsordnung einbinden.

Die provisorische Schulorganisation des Konservatoriums wird noch vom jetzigen Direktor eingereicht werden, und im Herbst werden wir uns dann unter dem neuen Direktor mit der definitiven Schulorganisation befassen. Ich hoffe, dass wir im Herbst auch das neue „règlement d'ordre interne“ werden verabschieden können.

Rat François BENOY (déi gréng): Warum wurde keine externe Ausschreibung für den Posten des neuen Direktors gemacht?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Weil wir der Meinung waren, dass eine interne Ausschreibung der beste Weg sei.

3) Frage von Rat Benoy über das Tramsmusée der Stadt Luxemburg

Rat François BENOY (déi gréng): In seiner Ausgabe vom 23. Januar 2025 hat sich die Wochenzeitung „Lëtzebuurger Land“ mit dem Tramsmusée der Stadt Luxemburg befasst (Seite 13-14): „Das Tramsmusée ist eine wunderbare charmante Zeitkapsel – die jedoch dringend ein Update benötigt (...). (Es) bietet keine moderne, museale Ausstellung mit wechselnden, kuratierten Themen. Es zeigt die über Jahre gesammelten Exponate zur Verkehrsgeschichte in einem statischen Ausstellungskonzept. Nicht auf Englisch, nicht auf Französisch, sondern meist auf Luxemburgisch; gelegentlich auch ganz ohne Text. Das Museum verfolgt keinen ausgeprägten pädagogischen Anspruch und begnügt sich damit, die Dinge chronologisch anzuordnen und ein allgemeines Panorama zu vermitteln. Manche Kontextualisierungen vermisst man zudem (...).“

- Teilt der Schöffenrat die im erwähnten Artikel dargelegte Einschätzung zur aktuellen Situation des Tramsmusées? Falls nein, wie bewertet er die museografische und pädagogische Qualität dieser Einrichtung?
- Wie viele Besucher hat das Tramsmusée in den vergangenen zehn Jahren jährlich verzeichnet?
- Wie sieht die Vision des Schöffenrates hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Tramsmusées aus? Werden eine Integration in die städtischen Museen sowie eine Weiterentwicklung zu einem echten Museum für Mobilität in Betracht gezogen, um dessen qualitative und wissenschaftliche Standards zu stärken und es zu einer touristischen Attraktion zu machen?
- Da sich das Tramsmusée derzeit auf dem Gelände des städtischen Busdienstes befindet, das im Rahmen des Projekts „Portes de Hollerich“ wegfallen soll, und eine Verlagerung der Infrastruktur nach Kockelscheuer (in der Nähe des Stade de Luxembourg) vorgesehen ist: Plant der Schöffenrat auch die Verlegung des Tramsmusées an diesen neuen Standort? Falls nein, sieht der Schöffenrat einen anderen Standort für das Tramsmusée vor?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Es arbeiten derzeit zwei Beschäftigte des Service Autobus in Vollzeit und eine weitere Person in Teilzeit im Tramsmusée. An den Wochenenden hilft der eine oder andere weitere Beschäftigte des Busdienstes. Das Museum deckt die Zeit von der Pferdetram bis Anfang der 1980er-Jahre ab.

In den vergangenen zehn Jahren gab es überraschend viele Besucher. Im Jahr 2016 waren es 5.654 Personen und im Jahr 2019 6.639 Personen. Im Jahr 2020 waren es trotz der Pandemie noch 4.179 Personen. 2021 waren es rund 5.400 und im Jahr 2025 5.884 Besucher.

In diesem Jahr feiern wir 150 Jahre öffentlicher Transport und 100 Jahre städtischer Bus in der Stadt Luxemburg, und ich nutze die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass wir am 6. Juni 2026 einen Tag der offenen Tür veranstalten werden. Zusammen mit drei Experten wurde eine Jubiläumsausstellung auf die Beine gestellt. Es lässt sich daraus bestimmt ein weiteres Projekt für die Zukunft entwickeln.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Eine Revalorisierung des Museums wird angestrebt, wobei auch die bisherigen Exponate, die mit viel Liebe und Engagement zusammengetragen wurden, erhalten bleiben. Am 6. Juni werden nicht nur Bus und Tram im Rampenlicht stehen, sondern auch die Eisenbahn. Ein neues, pädagogischeres Konzept müsste in Zusammenarbeit mit dem Staat ausgearbeitet werden – mit dem Mobilitäts-, aber auch dem Kulturministerium. Ich habe gehört, dass es interessante Ideen gebe, um im Bahnhof Ettelbrück verschiedene Exponate zu zeigen. Wo sich das Tramsmusée in Zukunft befinden wird, steht noch nicht fest. Das Busdepot, wo sich das Museum zurzeit befindet, wird an einen anderen Standort umziehen, doch der Zeitpunkt ist noch unklar. Die Aufgabe, ein interessantes Konzept für das Museum auszuarbeiten, wird dem kommenden Schöffenrat zufallen.

4) Frage von Rat Costa bezüglich der Vermietung von Gewerbeflächen im Rahmen des Programms „Pop-Up Stores“

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Laut der Website der Stadt Luxemburg verfügt die Stadt derzeit im Rahmen ihres Programms „Pop-Up Stores“ über acht temporäre Gewerbeflächen, die in den belebtesten Fußgängerzonen der Hauptstadt vermietet werden können. Diese Initiative trägt zweifellos zur Attraktivität und Vielfalt des kommerziellen Angebots in der Innenstadt bei und bietet Unternehmern gleichzeitig die Möglichkeit, ihre Idee im Hinblick auf eine endgültige Umsetzung zu testen. Nach Informationen aus verschiedenen Quellen kann die Vermietung dieser Gewerbeflächen durch die Stadt Luxemburg für das Programm „Pop-Up Stores“ jedoch in manchen Fällen andere potenzielle Mieter ausschließen, die dort ein neues Geschäft eröffnen hätten, insbesondere aufgrund der von der Stadt angebotenen höheren Miete.

- Ist dem Schöffenrat bekannt, ob es Fälle gab, in denen ein potenzieller Mieter abgelehnt wurde, weil die betreffende Gewerbefläche im Rahmen des Programms „Pop-Up Stores“ an die Stadt Luxemburg vermietet wurde? Falls ja, wie viele solcher Fälle sind dem Schöffenrat bekannt?
- Wie wird der Schöffenrat sicherstellen, dass sich solche Situationen in Zukunft nicht wiederholen? Beabsichtigt er, die von der Stadt angebotenen Mieten zu überprüfen?
- Wie und nach welchen Kriterien legt die Stadt generell die vorgeschlagenen Mieten fest, wenn sie Gewerbeflächen anmietet, um sie für das Programm „Pop-Up Stores“ zu nutzen?
- Wie plant der Schöffenrat, das Programm „Pop-Up Stores“ in Zukunft weiterzuentwickeln? Beabsichtigt er, die Anzahl der für dieses Programm vorgesehenen Gewerbeflächen zu erhöhen?

Schöffe Maurice BAUER: Ich finde es bedauerlich, dass diese Frage – wie auch die Frage von Rat Costa über leerstehende Geschäftsflächen, die heute ebenfalls auf der Tagesordnung steht – die Fortsetzung einer Reihe von Fragen darstellen, die das Geschäftsleben in der Hauptstadt in einem negativen Licht darstellen und diesbezügliche Unterstellungen enthalten, während der Schöffenrat sich ständig bemüht, zusammen mit anderen Akteuren das Geschäftsleben in einem positiven Licht zu präsentieren. Es ist schade, dass auf negativen Punkten herumgeritten wird, die zum Teil – wie in diesem Fall – nur aus Sicht des Fragestellers existieren. Sehr bedauerlich ist auch der Umstand, dass Rat Costa zusammen mit anderen Mitgliedern der Fraktion „déi gréng“ ein Video aufgenommen hat, in dem die Menschen praktisch ermutigt werden, im Einkaufszentrum Cloche d'Or statt im Zentrum der Hauptstadt einkaufen zu gehen.

Rat Costa hat auch Fragen bezüglich des „Pop-Up Stores“-Konzeptes gestellt, und ich begrüße den Umstand, dass Rat Costa dieses als positiv dargestellt hat. Die Stadt vermietet derzeit neun Geschäftsflächen als zeitlich begrenzte „Pop-Up Stores“: drei im Bahnhofsviertel, fünf in der Oberstadt und eines im Petrus-Tal (am ehemaligen Standort des LUGA-Hub). Dieses Konzept kommt sehr gut bei den Leuten an.

Das Ziel des Konzeptes besteht einerseits darin, den Geschäftsleuten die Möglichkeit zu geben, ihre Geschäftsideen zu testen, ohne sich über die Miete Sorgen machen zu müssen. Andererseits zielt es natürlich auch darauf ab, die Zahl der leerstehenden Geschäftsflächen zu reduzieren. Die Mietdauer ist auf maximal elf Monate begrenzt. Die Mietpreise beginnen bei 930 Euro (680 Euro plus 250 Euro Nebenkosten). Das Angebot gilt a priori nur für Unternehmen, die an keinem anderen Standort über Verkaufsflächen verfügen – es sei denn, es werden andere Produkte angeboten, die das bestehende Angebot bereichern. Bestehende Unternehmen zahlen eine höhere Miete.

Wir haben keine Kenntnis von Fällen, in denen die Besitzer von Geschäftsflächen wegen höherer Mieteinnahmen lieber an die Stadt Luxemburg vermietet hätten als an Privatmieter. Solche Fälle wären auch erstaunlich, da die von der Stadt Luxemburg bezahlten Mieten mindestens 30 bis 40 Prozent unter dem Marktwert liegen – gerade um jeglichen unlauteren Wettbewerb zu vermeiden. Da es sich meistens um provisorische Situationen handelt, sind die Besitzer damit einverstanden.

Die Höhe des Mietpreises richtet sich nach der Größe, dem Standort, der Ausstattung und dem Zustand der jeweiligen Geschäftsfläche.

Es gibt über 30 Prozent Success Stories: Über 30 Prozent der Personen, die einen „Pop-Up Store“ eröffnet hatten, haben anschließend einen Mietvertrag auf dem privaten Markt abgeschlossen. Für uns stellt dies eine Ermutigung dar, in diesem Sinne fortzufahren. Wir haben dabei eine wunderbare Zusammenarbeit mit dem Geschäftsverband und der „Luxembourg Confederation“.

Seit 2019 verzeichnen wir eine Steigerung von 16,25 % der Geschäfte in der Hauptstadt. Im Horeca-Bereich z.B. siedeln sich – im Gegensatz zur Tendenz auf nationaler Ebene – immer mehr Betriebe in der Stadt Luxemburg an. Es bestehen derzeit 2.446 Geschäfte in der Stadt, was sehr positiv ist. Der Prozentsatz der leerstehenden Geschäftsflächen ist so tief wie nie zuvor seit Beginn der Erhebungen – sowohl in der Oberstadt als auch im Bahnhofsviertel.

5) Frage von Rat Costa über leerstehende Geschäftsflächen in der Hauptstadt

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Den neuesten Zahlen zufolge, über die ich noch nicht verfügte, als ich diese Frage

verfasste, gibt es in der Oberstadt eine Leerstandsquote von 9,4 Prozent und im Bahnhofsviertel von 12,9 Prozent – weniger als in anderen Städten, was sicherlich positiv zu bewerten ist. Das heißt jedoch nicht, dass man nicht einen Rahmen schaffen sollte, um unnötige Leerstände zu verhindern. Ein Problem sehen wir vor allem an verschiedenen Stellen. So lagen wir den mir vorliegenden Zahlen zufolge in der Avenue de la Gare bei einem Leerstand von rund 20 Prozent. Wenn der Schöffenrat über aktuellere Zahlen verfügt, wäre ich dankbar für eine Aktualisierung.

Ein gewisser Leerstand ist normal, da manchmal der Mieter wechselt oder Renovierungsarbeiten durchgeführt werden. Wenn die Leerstände aber länger anhalten, schadet dies der Attraktivität des Stadtzentrums und darüber hinaus auch der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt auch versteckte negative Beispiele hinter den relativ guten Zahlen, wie z.B. der Umstand, dass das Gebäude auf Kockelscheuer, in dem sich das Restaurant „Le Patin d'Or“ befand, und das meines Wissens der Stadt Luxemburg gehört, nunmehr seit rund acht Jahren leer steht.

Andere Städte, wie z.B. Esch/Alzette, sind aktiv geworden, indem sie eine Leerstandstaxe eingeführt haben. Im Rahmen der Budgetdebatten im Dezember 2025 hatte der zuständige Schöffe meinem Kollegen François Benoy diesbezüglich erklärt: „Wir beobachten selbstverständlich die Entwicklung der Situation, was die von der Stadt Esch/Alzette eingeführte Leerstandstaxe betrifft. Wir sehen praktische Probleme bei der Umsetzung der Maßnahme. Sollte die Stadt Esch/Alzette jedoch erfolgreich damit sein, werden wir uns sicherlich zusammensetzen und sehen, wie wir weiter vorgehen.“

- Was sind nach Ansicht des Schöffenrates die Hauptgründe für den Leerstand von Gewerbeflächen in der Stadt?
- Hat der Schöffenrat bereits Kontakt zu den Verantwortlichen der Stadt Esch/Alzette aufgenommen, um sich über deren Umsetzung der Steuer auf leerstehende Gewerbeflächen auszutauschen?
- Plant der Schöffenrat die Einführung einer Steuer auf leerstehende Gewerbeflächen, um das kommerzielle Angebot in der Stadt zu fördern? Falls nein, aus welchen Gründen? Falls ja, innerhalb welcher Frist beabsichtigt der Schöffenrat, eine entsprechende Regelung vorzuschlagen?
- In Anbetracht der Tatsache, dass die Avenue de la Gare besonders stark von leerstehenden Gewerbeflächen betroffen ist: Welche Maßnahmen plant der Schöffenrat, um dieser Straße neue Dynamik zu verleihen? Zieht er eine Neugestaltung in Betracht, wie z.B. eine Umwandlung in eine Fußgängerzone, um die Attraktivität zu steigern?
- Was sind nach Ansicht des Schöffenrates die Hauptgründe für den Leerstand von Gewerbeflächen in der Stadt Luxemburg?
- Hat der Schöffenrat bereits Kontakt zu den Verantwortlichen der Stadt Esch/Alzette aufgenommen, um sich über deren Umsetzung der Steuer auf leerstehende Gewerbeflächen auszutauschen?
- Plant der Schöffenrat die Einführung einer Steuer auf leerstehende Gewerbeflächen, um das Geschäftsangebot in der Stadt zu fördern? Falls nein, aus welchen Gründen? Falls ja, innerhalb welcher Frist beabsichtigt der Schöffenrat, eine entsprechende Taxe vorzuschlagen?

- In Anbetracht der Tatsache, dass die Avenue de la Gare besonders stark von leerstehenden Gewerbeflächen betroffen ist: Welche Maßnahmen plant der Schöfferrat, um dieser Straße neue Dynamik zu verleihen? Zieht er eine Neugestaltung in Betracht, wie z. B. die Umwandlung in eine Fußgängerzone, um die Attraktivität zu steigern?

Schöffe Laurent MOSAR: Es handelt sich hierbei um die neunte Frage, die in den vergangenen Jahren zu diesem Thema gestellt wurde. Die Stellungnahme von Rat Benoy zum Budget 2026 eingerechnet, wären wir schon beim zehnten Mal. Wer die zehnte Frage stellt, dem gebe ich einen aus! Denn ich kann mich nicht erinnern, dass schon einmal zehn Mal die gleiche Frage zum selben Thema gestellt wurde. Ich bitte deshalb um Nachsicht, wenn meine Antwort den Gemeinderat langweilen wird, denn ich kann Ihnen im Großen und Ganzen nur das antworten, was bereits Frau Sam Tanson als damalige Schöffin auf eine entsprechende Frage geantwortet hatte.

Wie ich bereits auf eine Frage von Rätin Gaasch geantwortet hatte, ist die Stadt Esch/Alzette die einzige Gemeinde, die eine solche Taxe eingeführt hat. Wie in der Presse zu lesen war, stellen sich dabei jedoch viele Probleme. Es handelt sich um eine sympathische Idee, doch die praktische Umsetzung erweist sich als schwierig. Die Probleme stellen sich zunächst in puncto Datenschutz, denn es ist alles andere als leicht, Informationen über die Besitzer der Geschäftsflächen – vor allem in der Hauptstadt handelt es sich dabei oft um Strukturen – zu bekommen. Das Datenschutzgesetz ist extrem streng, weshalb es für die Stadt Luxemburg fast unmöglich ist, an die erforderlichen Informationen zu gelangen. Zudem stellen sich Fragen bezüglich der Kontrollen und der Sanktionen.

Seit drei Jahren gibt es insofern ein neues Element, als im Rahmen der Grundsteuer ein grundlegendes Urteil gefällt wurde. Dieses bezog sich auf die Frage, unter welchen Bedingungen es möglich ist, eine neue kommunale Steuer einzuführen. Im Urteil des Verwaltungsgerichtshofs heißt es: *„qu'il s'agit notamment de la proportionnalité, mais que la jurisprudence et la doctrine ont également été confirmées dans la mesure où le tribunal a estimé que d'une manière globale, la taxation doit respecter l'intérêt général ainsi que les droits fondamentaux et libertés publiques dans la liberté du commerce et de l'industrie“*. Seitens der Jurisprudenz werden also sehr restriktive Bedingungen gestellt. Ein weiteres Argument, das für die Stadt Luxemburg zählt, aber nicht für die Stadt Esch/Alzette, ist das kommunale Abgabengesetz. Darin ist zu lesen, *«qu'avant d'introduire une nouvelle taxe il faut prouver qu'il existe un réel besoin financier»*. Angesichts der guten finanziellen Lage der Stadt Luxemburg kann man nicht argumentieren, dass eine neue Steuer erforderlich wäre. Sogar, wenn wir die Einführung einer Leerstandstaxe politisch wünschen würden, wäre es also juristisch sehr schwierig, sie einzuführen.

Worauf wir immer schon hingewiesen haben, ist der Umstand, dass das Ministerium für innere Angelegenheiten dabei ist, ein Gesetzprojekt über die Grundsteuer auszuarbeiten. In dem Rahmen erhalten Taxen wie diese erst eine gesetzliche Grundlage. Wir müssen also abwarten, bis das entsprechende Gesetz von der Abgeordnetenversammlung verabschiedet wurde, den Inhalt analysieren und dann schauen, ob wir wirklich der Meinung sind, dass die Einführung einer solchen Taxe erforderlich ist. Sollte dies der Fall sein, müssten wir sehen, mit welchen juristischen Argumenten wir das tun würden.

Die Leerstandsquote liegt im Bahnhofsviertel nicht bei 20 Prozent, sondern derzeit bei 12,9 Prozent, und sinkt weiter – wie übrigens auch in der Oberstadt. Anzumerken ist zudem, dass in der Grand-Rue zwei Geschäftsflächen, die lange Zeit leer standen, nun wieder vermietet sind. Es gibt noch ein weiteres Gebäude, das weiterhin leer steht, doch in dem Fall würde

uns auch eine Leerstandstaxe nicht weiterhelfen. Eine Leerstandstaxe ist also mit Sicherheit kein Allheilmittel. Natürlich muss dafür gesorgt werden, dass die Geschäftsflächen genutzt werden, doch eine solche Taxe ist nicht unbedingt das Mittel, das uns dabei voranbringt.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Ich habe auf eine Frage keine Antwort erhalten, nämlich in Bezug auf die Leerstandsquote in der Avenue de la Gare.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die uns vorliegenden Statistiken beziehen sich nicht auf einzelne Straßen, sondern auf die Viertel im Allgemeinen.

6) Frage von Rat Weidig über ein Risiko für Fußgänger in der Rue de Bonnevoie bei der Place Wallis

Rat Tom WEIDIG (ADR): Am 14. April ereignete sich in der Rue de Bonnevoie in der Nähe der Place Wallis ein schwerer Unfall, bei dem der Bus auf dem schmalen Gehweg landete. Soweit ich weiß, wurden glücklicherweise keine Fußgänger verletzt.

Für die Anwohner und für Menschen, die dort oft vorbeikommen – wie ich, der fast jeden Tag dort vorbeigeht –, ist diese Situation nicht unerwartet.

Die gesamte Nachbarschaft rund um den Wallis-Platz ist aufgrund des extremen Bus- und Autoverkehrs, der durch das Gebiet in Richtung Rocade geleitet wird, gefährlich geworden. Die Rue de Bonnevoie vom Wallis-Platz bis zur Kreuzung mit der Rue du Fort Neipperg war früher immer eine Einbahnstraße mit einem relativ breiten Gehweg. Auf der schmalen Straße fahren nun Busse und Autos in beide Richtungen und kommen kaum aneinander vorbei. Auf diesem engen Abschnitt gibt es auf beiden Seiten Bushaltestellen, die während der morgendlichen Stoßzeiten auch von vielen Eltern und Kindern genutzt werden. Weil der Gehweg überfüllt ist, haben viele Menschen sich angewöhnt, die Rue de Bonnevoie kreuz und quer zu überqueren. Viele Menschen gehen über den Radweg, auf dem so gut wie nie ein Fahrrad fährt. Es sind sicherlich hundertmal mehr Fußgänger auf dem Radweg unterwegs als Fahrräder! Aufgrund der durch den Busunfall verursachten Schäden an der Fassade eines Hauses ist der ohnehin schon schmale Gehweg derzeit gesperrt, und alle Fußgänger müssen nun über den Radweg die Straße überqueren. Fotos habe ich meiner Frage beigelegt.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an den Bürgermeister:

- 1) Kann der Schöfferrat keine bessere Lösung finden, damit die Fußgänger sich nicht in Gefahr begeben müssen, indem sie auf der Straße gehen müssen, weil der Bürgersteig blockiert ist?
- 2) Stimmt mir der Schöfferrat zu, dass der Gehweg nicht breit genug ist und dass Fußgänger nicht aneinander vorbeikommen, ohne auf die Straße ausweichen zu müssen?
- 3) Gibt es Pläne, die Situation zu verbessern, zum Beispiel durch eine Verbreiterung des Gehwegs und die Aufhebung des Radwegs?
- 4) Wird darüber nachgedacht, die gesamte Verkehrssituation zu ändern? Wäre es möglich, beide Straßen in Einbahnstraßen umzuwandeln: die Rue Bender in Richtung Avenue de la Gare und die Rue de Bonnevoie in Richtung Rocade? Wird in Erwägung gezogen, die Bushaltestelle weiter in Richtung Rocade zu verlegen? Wäre die Wercollier-Monument nicht ein geeigneter Standort für eine sichere Bushaltestelle?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Wie angekündigt beantworten wir diese dringliche Frage nun unter dem Punkt „Verkehr“. Die Frage ist mehr als berechtigt. Wir haben uns im Schöfferrat natürlich Fragen über die Gründe dieses dramatischen Unfalls gestellt.

Ich möchte zunächst ein paar Dinge klarstellen. Die Stelle, an dem sich der Unfall ereignet hat, stellt nicht per se eine Gefahr für die Fußgänger dar. Was passiert ist, ist Folgendes: Ein Busfahrer ist aus dem Bus gestiegen, ohne die Handbremse zu ziehen. Der Bus ist weitergerollt und gegen die Fassade eines Hauses geprallt. Es befanden sich Passagiere im Bus, von denen glücklicherweise niemand schwer verletzt wurde. Mehrere Fahrgäste wurden aber zur Kontrolle in ein Krankenhaus gebracht. Es handelte sich um einen Bus eines privaten Unternehmens, das als Subunternehmer Buslinien der Stadt Luxemburg fährt. Meines Wissens ist der Unfallversacher nicht mehr als Busfahrer tätig.

Wäre der Bürgersteig drei Meter breiter gewesen, hätte das nichts geändert. Wir sind sehr froh, dass sich zu dem Augenblick niemand an der betreffenden Stelle auf dem Bürgersteig befand.

Wir durften zunächst den Bus nicht entfernen, bis ein Statiker vorbeigeschaut hatte. Dieser erklärte, dass die Mauer abgestützt werden müsse. Daraufhin wurde ein Betonklotz auf dem Bürgersteig aufgestellt. Dem Service Circulation blieb nichts anderes übrig, als den betreffenden Bereich des Bürgersteigs für die Fußgänger zu sperren. Die Fußgänger sollen deshalb den gegenüberliegenden Bürgersteig benutzen. Die meisten tun dies allerdings nicht, sondern legen die paar Meter des abgesperrten Bereichs über die Straße (bzw. den dort eingezeichneten Radweg) zurück. Wir suchen das Gespräch mit dem Statiker, um mit diesem zu schauen, ob es möglich wäre, den Betonklotz zu entfernen, um zumindest die Hälfte der Breite des Bürgersteigs wieder nutzen zu können. Dabei muss natürlich die Stabilität der Mauer gewährleistet bleiben, damit keine Gefahr für die Fußgänger und die anderen Verkehrsteilnehmer entsteht. Es lag dem Schöfferrat am Herzen, schnellstmöglich eine Lösung zu finden. Die optimale Lösung ist noch nicht gefunden, doch wir arbeiten weiter daran.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in diesem Bereich nur Busse bergab in Richtung Avenue de la Gare fahren dürfen, nicht der Individualverkehr. Wegen des sehr hohen Passagieraufkommens am Hauptbahnhof und in dessen Umgebung werden die zahlreichen Busse benötigt, denn die Trambahn allein kann das nicht bewältigen. Die Stadt Luxemburg ist ständig bemüht, das Busangebot zu optimieren, und alle sechs Monate werden die Fahrpläne aktualisiert. Die vorgesehene Umgestaltung der Avenue de la Gare wurde vor einigen Jahren zurückgestellt, da die Trambahn-Baustelle gerade abgeschlossen war und wir nicht gleich wieder eine neue Großbaustelle beginnen wollten.

Es ist also nicht vorgesehen, dass im Bereich der Place Wallis weniger Busse fahren sollen. Es ist auch nicht vorgesehen, die Rue Bender und die Rue de Bonnevoie zu Einbahnen umzuklassieren, denn über die eine Straße fahren die Busse zur Rocade und über die andere zur Rue des Trévières. Im Rahmen des Ausbaus des Verwaltungsgebäudes „Rocade“ der Stadt Luxemburg wird dort die Straßenführung leicht abgeändert, wobei wohl nur noch eine Spur in Richtung Rue des Trévières übrig bleiben wird. Wir werden den gesamten Bereich im Auge behalten, und wenn sich Verbesserungen anbieten sollten, werden wir diese selbstverständlich vornehmen.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Ich bin weiterhin der Meinung, dass der Bürgersteig aufgrund der vielen Passanten in dem Bereich, in dem sich der Busunfall ereignet hat, zu schmal ist.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Wir werden erneut prüfen, ob die Breite des Bürgersteigs der Anzahl der Fußgänger

angemessen ist, wobei aber weiterhin genügend Platz für die Busse zur Verfügung stehen muss.

VI VERKEHR

Rat François BENOY (déi gréng): Einige der uns vorliegenden Reglements betreffen den Stadtteil Dommeldingen. Wegen der Entfernung des Bahnübergangs und der Sperrung der Brücke in den „Kromm Längten“ ist das Viertel derzeit nicht gut zugänglich. Es bleiben die Zufahrt über die Umgehungsstraße oder die Gleisunterführung für die Fußgänger. Etliche Einwohner sind an uns herangetreten, um auf diese Situation hinzuweisen – wohlwissend, dass diese auch durch nationale Projekte bedingt ist. Als *déi gréng* bedauern wir, dass die Gelegenheit nicht genutzt wurde, um die Bürger des Viertels über die Situation zu informieren. Daher unser Appell, zu prüfen, wie den Einwohnern geholfen werden kann, z.B. durch verbesserte Busverbindungen. Es sei auch an die Anfragen zur Installation zusätzlicher Vel'Oh-Stationen im Viertel erinnert. Eine Informationskampagne wäre das Mindeste. Noch besser wäre es, sich mit den Einwohnern an einen Tisch zu setzen und gemeinsam nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

Es ist in jüngster Vergangenheit zu einer Reihe von Unfällen gekommen. Seit langem fordern *déi gréng* Umgestaltungsmaßnahmen im Bereich der Place Wallis, insbesondere im Interesse des sanften Verkehrs. Vor kurzem kam es dort bekanntlich zu einem Unfall, bei dem ein Bus gegen die Fassade eines Hauses geprallt ist. Wir können froh sein, dass sich zu dem Moment keine Fußgänger auf dem Bürgersteig befanden. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, dass das Verkehrsaufkommen sowohl in der Avenue de la Gare als auch im Bereich des Place Wallis hoch ist. Es fahren viele Busse dort, die Bürgersteige sind eng und es sind viele Fußgänger dort unterwegs.

Am vergangenen Wochenende kam es in der Rue des Trévières erneut zu einem Unfall. Trotz der ausgewiesenen „rue cyclable“ fahren die Autofahrer dort zu schnell und es gibt dort insgesamt zu viel Verkehr. Der Schöfferrat hat Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer angekündigt, doch Bonneweg, als größter Stadtteil, ist bisher leider leer ausgegangen. In einer im Jahr 2022 eingereichten Motion hatten wir konkrete Vorschläge unterbreitet. Zum Start der Fahrradsaison sollten für die Hauptverkehrsachsen in den Stadtteilen – die Rue des Trévières ist eine Hauptachse in Bonneweg – Verbesserungen im Interesse der Radfahrer herbeigeführt werden.

Im Rahmen der kürzlich vorgenommenen leichten Änderungen am städtischen Busnetz ist es auch zu Anpassungen bei der Linie 20 gekommen. Vor einigen Monaten gab es Gerüchte, dass diese Linie möglicherweise eingestellt werden könnte. In diesem Zusammenhang hatte ich eine Frage an den Schöfferrat gerichtet. Schöffe Goldschmidt sagte damals, dass die Linie 20 viel genutzt werde und es keine Überlegungen gebe, sie zu streichen. Umso mehr hat es mich überrascht, dass der Bus auf der Linie 20 nun weit weniger oft als zuvor fahren soll. Die Fahrten der Linie 20 wurden auf die Stoßzeiten reduziert. Es mag sein, dass die Linie außerhalb der Stoßzeiten nicht so viel genutzt wird. Durch die Reduzierung der Taktfrequenz wird die Linie jedoch für die Nutzer weniger attraktiv. Sogar die Fahrten in der Mittagsstunde wurden gestrichen.

Immer wieder kommt es zu Unfällen im Zusammenhang mit den elektronisch versenkten Pollern. Kürzlich haben mich Gäste eines Restaurants in der Rue Philippe II darauf hingewiesen, dass Fußgänger sich der Gefahr, die von abgesenkten Pollern ausgehen kann, oft nicht bewusst sind. Manche übersehen einen abgesenkten Poller, stellen sich darauf oder

fahren mit dem Kinderwagen darüber. Auch Unfälle mit Autos hat es bereits gegeben. Daher mein Appell an den Schöffenrat, dafür Sorge zu tragen, dass die roten Leuchtstreifen besser sichtbar sind, oder dass die Passanten durch ein akustisches Signal gewarnt werden. Ich bin mir sicher, dass sich hier eine Lösung finden lässt, um zu verhindern, dass eine sinnvolle Maßnahme, die ein Befahren von Innenstadtbereichen verhindert, zu Unfällen führt.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Wie üblich werden wir die verschiedenen Regelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen zur Folge haben, nicht mittragen.

Eine der uns vorliegenden Regelungen betrifft den Radweg im Bereich des Boulevard d'Avranches. Sie sieht vor, dass dieser auf der Nordseite, zwischen dem Boulevard Général George S. Patton und dem Fußgänger- und Radfahrerübergang im östlichen Teil der Avenue Charles de Gaulle für Radfahrer bei Bedarf gesperrt werden kann. Sollte es zu einer Änderung der Streckenführung kommen, muss sichergestellt sein, dass diese gut ausgedacht ist. Ich bin mir sicher, dass unsere Dienststelle dies tun wird, möchte aber dennoch darauf hinweisen, da es sich um eine wichtige Achse für Fahrradfahrer vom Stadtzentrum nach Bonneweg handelt.

(Unter dem Punkt „Verkehr“ behandelte schriftliche Frage von Rat Weidig bezüglich eines Busunfalls auf der Place Wallis: siehe Punkt V „Fragen der Gemeinderäte“)

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Was die von Rat Benoy angesprochene Situation in Dommeldingen befasst, haben wir uns auch damit befasst. Die Schließung des Bahnübergangs Dommeldingen geht auf eine berechtigte Anfrage der CFL zurück, dies im Rahmen der Bemühungen, die Bahnübergänge landesweit, dort wo es möglich ist, zu entfernen. Die Brücke in den „Kromm Längten“ musste wegen Arbeiten der CFL für den Verkehr gesperrt werden. Dies hat den positiven Impact, dass der motorisierte Verkehr massiv zurückgegangen ist. Als die Brücke aufgrund der bevorstehenden Baustelle für den Verkehr gesperrt wurde, sind Beschwerden bei der Gemeinde eingegangen, dass die Busverbindungen schlechter geworden seien. Wir haben sofort reagiert und Anpassungen bei zwei Buslinien vorgenommen, und ich denke, die Einwohner sind nun zufrieden. Sollten die Bürger nicht über die Baustelle im Bereich der Brücke informiert worden sein, werden wir eine Bürgerversammlung vorsehen, um sie über den Fortgang und den voraussichtlichen Abschluss der Arbeiten zu informieren. Uns ist sehr wohl bewusst, dass sich die Einwohner erst an die neuen Verkehrsbegebenheiten im Bereich des Dommeldinger Bahnhofs gewöhnen müssen und es etwas Zeit brauchen wird, um sich daran zu gewöhnen, einen anderen Weg fahren zu müssen, um zu den Geschäften zu gelangen.

Die Taktfrequenz der Buslinie 20 wurde geändert, da die Trambahn als Alternative zum Bus genutzt werden kann. Was die Fahrten bis zur Endstation „Kockelscheuer Parc Luxite“ angeht, haben wir festgestellt, dass die Busse der Linie 20 morgens und abends zu den Spitzenstunden gut ausgelastet sind, tagsüber jedoch kaum jemand bis zur Endstation fährt. Sollte sich herausstellen, dass sich im Laufe der kommenden Monate etwas an dieser Situation ändert bzw. sollten die Unternehmen ein Interesse an einer besseren Verbindung zur Mittagszeit haben, können sie sich gerne bei uns melden. Zu diesem Zeitpunkt schien uns die zurückbehaltene Taktfrequenz der aktuellen Situation angepasst. Ich das Anliegen, dass die eine oder andere Anpassung möglicherweise notwendig werden könnte, an den Busdienst weiterleiten.

Die Bemerkung im Zusammenhang mit den absenkenden Pollern taucht in regelmäßigen Abständen auf. Sinn und Zweck

der Poller ist es, den Autoverkehr aus verschiedenen Innenstadtbereichen herauszuhalten. Die Sperrpfosten bleiben während der Lieferzeiten abgesenkt. Außerhalb dieser Zeiten haben nur die Anwohner und Geschäftsleute Zufahrt. Es kann jedoch vorkommen, dass wenn ein Bus in die Rue du Fossé fährt, ein dahinter fahrender, zufahrtberechtigter Autofahrer meint, noch durchfahren zu können, was jedoch schiefgehen kann. Beim Durchfahren des ersten Wagens leuchtet sofort der rote Ring auf und kurz darauf fährt der Poller wieder hoch. Es sind auch Hinweisschilder vor Ort. 99 Prozent der Leute kennen die Funktionsweise der Poller, und ich würde mich freuen, wenn auch der letzte Prozentsatz Bescheid wüsste. Rat Benoy schlägt die Installation einer akustischen Warnsignale vor. Da die Fenster der Fahrzeuge meistens geschlossen sind, müsste ein solches Signal sehr laut sein, was für die Geschäftsleute, die den Warnton den ganzen Tag lang immer wieder hören würden, unangenehm wäre. Ich appelliere daher an die Autofahrer und an die Radfahrer, aufzupassen.

Rat Boisante meinte, dass die Zufahrt zur Stadt für Radfahrer über den Boulevard d'Avranches schwierig sei. Könnten Sie bitte erneut erläutern, wo Sie ein Problem sehen?

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Der Radweg im Bereich des Boulevard d'Avranches ist stellenweise ziemlich eng und nicht besonders gut ausgeschildert. Es handelt sich um einen Streckenabschnitt, der sowohl von Radfahrern als auch von Fußgängern genutzt wird, und auf dem es jetzt schon ziemlich gefährlich ist. Im Falle einer teilweisen Schließung würde sich die Gefahr noch erhöhen, weshalb Verbesserungen erforderlich sind.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Ich werde das Anliegen an unsere Dienststelle weiterleiten. Wir werden prüfen, ob Verbesserungen möglich sind.

Der Vertrag mit der Firma JCDecaux über das Fahrradverleihsystem wird 2028 auslaufen, so dass eine neue Ausschreibung lanciert werden muss. In diesem Zusammenhang werden die Standorte für Vel'Oh-Stationen zu identifizieren sein. Würden wir hingehen und nun weitere Stationen installieren, müsste die Stadt Luxemburg die gesamten Infrastrukturkosten tragen, weshalb wir zu diesem Zeitpunkt davon absehen, zusätzliche Vel'Oh-Stationen in Dommeldingen zu installieren. Im Rahmen der nächsten Ausschreibung werden wir dies vorsehen.

Die Verkehrsregelungen, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen zur Folge haben, werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die übrigen temporären Maßnahmen und definitiven Änderungen an der kommunalen Verkehrsordnung werden einstimmig gutgeheißen.

VII KONVENTIONEN

- 1) Die Stadt Luxemburg erwirbt von einer Privatperson ein bebauten Grundstück („place (occupée) bâtiment à habitation“) mit einer Fläche von 2,33 Ar gelegen 73, Val Ste Croix. Preis: 1.650.000 €. Zweck: Einrichtung eines Schulfoyers oder einer Kinderbetreuungseinrichtung.

Rat Claude RADOUX (DP): Es bietet sich für die Stadt Luxemburg die Gelegenheit, eine Immobilie im Val Ste Croix zu erwerben, in dem ein Schulfoyer untergebracht ist. Es besteht laufend Bedarf an Räumlichkeiten für Schulfoyers und wegen der einzuhaltenden Prozeduren kann es manchmal etwas dauern, bis ein von der Stadt geplantes Projekt für den Bau

eines Schulfoyers umgesetzt werden kann. Wir können uns daher nur freuen, eine solche Gelegenheit nutzen zu können. In der beratenden Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob das Gebäude näher an der Schule Rue Gaston Diderich oder an der Schule Rue Aloyse Kayser liege. Es besteht ganz klar ein Bedarf an Räumlichkeiten für Schulfoyers. Der Erwerb dieses Gebäudes erlaubt es uns, diesem Bedarf zeitnah und wirksam gerecht zu werden.

Rat François BENOY (déi gréng): Vor dem Hintergrund der Strategie der Stadt Luxemburg zur Entwicklung von Schulcampussen, auf denen Schule und Schulfoyer zusammengeführt werden, hat uns die Entscheidung des Schöffengerates, dieses Gebäude, in dem bereits ein Schulfoyer untergebracht ist, zu erwerben, doch überrascht. Warum wurde in den letzten Jahren nicht der Bau eines großen Schulfoyers für die Schüler der drei in der Nähe dieses Ortes gelegenen Schulen vorgesehen? Dass dies nicht geschehen ist, zeigt, dass es den politisch Verantwortlichen an vorausschauender Planung mangelt. In der Kommission haben wir erfahren, dass eine umfangreiche Studie in Bezug auf die Bedürfnisse in Auftrag gegeben wurde. Wie weit ist diese Studie fortgeschritten?

Schöffe Paul GALLES: Im betreffenden Einfamilienhaus befand sich zuvor eine private „maison relais“, also ein privates Foyer, wie wir es nennen. Als dieses Foyer namens „Kannerwelt“ Konkurs anmeldete, wurde die Stadt Luxemburg gegen Ende des Jahres mit der Frage konfrontiert, ob wir helfen könnten, denn die Eltern machten sich Sorgen, wo sie kurzfristig eine Ersatzstruktur finden könnten, und das Personal machte sich Sorgen um seine berufliche Zukunft. Der Schöffengerat hat sich mit dem Dossier auseinandergesetzt und hat nach reiflicher Überlegung eine Übernahme der Struktur durch die Stadt Luxemburg beschlossen, um den Eltern und den Kindern bis zum Ende des laufenden Jahres eine Perspektive bieten zu können. Erst in einer zweiten Phase haben wir uns für den Erwerb der Immobilie entschieden, da wir zur Überzeugung gelangten, dass dies in der bestehenden Gesamtsituation hilfreich war.

Rat Benoy hat recht, wenn er sagt, dass es vorausschauend zu handeln gilt, und genau da tut der amtierende Schöffengerat, sowohl in diesem Stadtviertel als auch in den anderen. Das Schulfoyer im Val Ste-Croix wird an die Schule Rue Aloyse Kayser (Belair) angebunden. Im Rahmen des Teilbebauungsplans „Rue des Aubépines“ ist ein Ausbau der Schul- und Schulfoyer-Infrastruktur vorgesehen. Da bereits eine Genehmigung für den Betrieb eines Schulfoyers für das Gebäude im Val Ste-Croix erteilt worden war, und da sich hier ein gute Gelegenheit für eine Übernahme bot, denke ich, dass der Schöffengerat die richtige Entscheidung getroffen hat, um den Eltern, den Kindern und dem Personal eine Perspektive bieten zu können.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Ich danke Schöffe Galles für die Erklärungen. Ich hätte mir gewünscht, dass auch die Schulkommission sowie die Kinder- und Jugendkommission mit dieser Konvention befasst worden wären. Die Vertreter von *déi gréng* haben sich in der Urbanismuskommission zwar beim Votum enthalten, doch werden wir die vorliegende Konvention mittragen, da es uns wichtig ist, dass den Eltern eine Lösung angeboten wird. Es würde mich aber interessieren zu erfahren, wie viele der betroffenen Kinder die Grundschule der Stadt Luxemburg besuchen. Es stimmt, dass ein Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen in Schulfoyers besteht und ich teile die Meinung von Kollege Benoy, der bei den politisch Verantwortlichen eine vorausschauende Planung vermisst. Schöffe Galles hatte angekündigt, einen Experten mit der Durchführung einer Studie zu beauftragen, um die Bedürfnisse auszuloten und die Entwicklung einer Schulcampus-Strategie voranzutreiben. Wie weit ist diese Studie gediehen?

Schöffe Paul GALLES: Die betroffenen Kinder besuchen eine städtische Schule. Ich möchte darauf hinweisen, dass die

Konvention aus institutioneller Sicht nicht in den Kompetenzbereich der Schulkommission fällt. Vertreter der Schulfoyers erhalten dennoch stets eine Einladung zu den Sitzungen der Schulkommission, da es vorkommen kann, dass sich im Rahmen der Diskussionen auch Fragen im Zusammenhang mit den Schulfoyers ergeben. Wegen der zunehmenden Vernetzung zwischen Schule und Schulfoyer habe ich durchaus Verständnis für die Bitte. Fakt ist, dass wir es im Dezember mit einer Notsituation – dem Konkurs des privaten Schulfoyers – zu tun hatten und zu dem Zeitpunkt keine weiteren Kommissionssitzungen mehr vorgesehen waren.

Der Schöffengerat hat das französische Fachbüro *Belvédère* mit der Durchführung einer Expertise beauftragt. Im Rahmen meiner Präsentation der Schulorganisation 2026/2027 werde ich auf die bislang vorliegenden Ergebnisse eingehen. Parallel zu dem von unseren Dienststellen entwickelten Mehrjahresplan für Schulinfrastrukturen werden uns die Ergebnisse der Studie dabei helfen, vorausschauend zu planen. Wie bereits angemerkt, ist im Rahmen des Teilbebauungsplans „Rue des Aubépines“ ein Ausbau der Schul- und Schulfoyer-Infrastruktur Aloyse Kayser vorgesehen. Mit den derzeit betriebenen Schulfoyers deckt die Stadt Luxemburg 80 Prozent des Bedarfs an Betreuungsleistungen ab. Man mag monieren, dass es nicht 90 oder 100 Prozent sind, doch gilt es stets zu bedenken, dass auf dem Stadtgebiet auch private Betreuungsstrukturen betrieben werden. Im Rahmen der Diskussion zur Schulorganisation 2026/2027 werden wir Gelegenheit erhalten, ausführlich auf die Thematik einzugehen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich möchte die hervorragende Arbeit unseres *Service Biens* unterstreichen.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Nachdem wir uns für eine Übernahme des Schulfoyers entschieden hatten, erfuhren wir vom Interesse des Gebäudebesitzers, das Gebäude zu verkaufen. Daraufhin haben wir die Gelegenheit ergriffen, es zu erwerben. Obwohl das Gebäude als Einfamilienhaus geplant worden war, ist dort seit mehr als 15 Jahren ein Schulfoyer mit einer vom zuständigen Ministerium erteilten Betriebsgenehmigung untergebracht. Für die Stadt Luxemburg war es daher durchaus von Interesse, die Immobilie zu erwerben – zumal es unserem *Service Biens* gelungen ist, einen guten Preis auszuhandeln, womit wir auch auf dem Immobilienmarkt das Signal senden können, dass es auch noch normale Preise für ein großes Haus mit einem großen Garten gibt.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 2) Die Firma „SRE Lux 1 s.à r.l.“ tritt unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,47 Ar in der Rue Eugène Ruppert an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Verbreiterung des Bürgersteigs.
- 3) Privatpersonen treten unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,64 Ar in der Montée St Crépin an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regulierung der Grundstücksverhältnisse mittels Einbindung des abgetretenen Geländestreifens in das kommunale Straßennetz.
- 4) Der Stadt Luxemburg wird unentgeltlich eine Dienstbarkeit auf einem privaten Grundstück („place (occupée) bâtiment à habitation“) mit einer Fläche von 7,40 Ar am Boulevard Charles Simonis eingeräumt. Der Stadt Luxemburg wird das Recht eingeräumt, eine Wasserleitung dauerhaft unter dem Grundstück zu verlegen und diese instand zu halten.
- 5) Privatpersonen treten unentgeltlich ein Grundstück („place voirie“) mit einer Fläche von 0,13Ar in der Rue des Légionnaires an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regulierung der Grundstücksverhältnisse mittels

Einbindung des abgetretenen Geländestreifens in das kommunale Straßennetz.

- 6) Die Stadt Luxemburg erwirbt von der Gesellschaft „Brooklyn by Eaglestone s.à. r.l.“ sechs bezahlbare Wohneinheiten in Zustand der künftigen Fertigstellung mit Kellern und Innenstellplätzen, die auf einem Grundstück (14,49 Ar) in der Rue Aristides de Sousa Mendes gebaut werden sollen. Preis: 2.743.645,95 €. Der Grundstücksanteil beläuft sich auf 1.116.660,61 €. Die Baukosten für die Wohnungen, einschließlich Architekten- und Ingenieurhonorare, belaufen sich auf 1.626.985,34 €. Zweck: Bereitstellung von Wohnraum.
- 7) Per Erbpachtvertrag verkauft die Stadt Luxemburg zwei Privatpersonen ein Apartment mit Balkon (93,71 qm), Eingangsbereich (4,49 qm), Keller (10,69 qm) und zwei Technikräumen (0,78 qm bzw. 0,75 qm) in der Wohnresidenz Thales gelegen 21, Rue Leonardo Da Vinci. Preis: 524.311 € zuzüglich einer jährlichen, indexgebundenen Gebühr von 304,34 € für das Pachtrecht.
- 8) Per Erbpachtvertrag verkauft die Stadt Luxemburg einer Privatperson ein Apartment mit Terrasse (97,47 qm), einem Keller (7,72 qm) und einem Innenstellplatz (13 qm) in einem Wohngebäude gelegen 1, Rue du Soleil. Preis: 417.752 € zuzüglich einer jährlichen Gebühr (indexgebunden) von 304,34 € für das Pachtrecht und von 26,43 € für den Innenstellplatz.
- 9) Per Erbpachtvertrag verkauft die Stadt Luxemburg Privatpersonen ein Apartment mit Terrasse (105,66 qm), einem Keller (3,22 qm) und einem Innenstellplatz (13,45 qm) in einem Wohngebäude gelegen 83, Rue Schetzel. Preis: 439.332 € zuzüglich einer jährlichen Gebühr von 304,34 € für das Erbpachtrecht und von 26,43 € für den Innenstellplatz (indexgebunden).
- 10) Per Erbpachtvertrag verkauft die Stadt Luxemburg einer Privatperson ein Apartment mit Terrasse (46,52 qm), Eingangsbereich (2,7 qm) und Keller (9,28 qm) in der Wohnresidenz „Curie“ gelegen 21, Boulevard de Kockelscheuer. Preis: 245.174,08 € zuzüglich einer jährlichen Gebühr von 304,34 € für das Erbpachtrecht (indexgebunden).

Diese Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 11) Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „Il était une fois“ über die finanzielle Unterstützung dieser Vereinigung für die Jahre 2026 bis 2028. Die Vereinigung organisiert Bildungs- und Kulturveranstaltungen für Kinder von 0 bis 6 Jahren mit besonderem Fokus auf die Förderung der Muttersprache und Chancengleichheit. Die Stadt Luxemburg setzt somit die seit 2015 bestehende Partnerschaft fort und strukturiert ihre finanzielle Unterstützung, um der Vereinigung zu ermöglichen, ihre Aktivitäten weiterzuentwickeln. Die Konvention ist befristet und tritt rückwirkend zum 1. Januar 2026 in Kraft. Sie endet am 31. Dezember 2028 und kann nicht stillschweigend verlängert werden. Der finanzielle Beitrag der Stadt ist auf 52.000 € pro Jahr begrenzt. Dieser Beitrag deckt insbesondere die Betriebskosten der Vereinigung, darunter Miete und Nebenkosten, Gehälter für die Aufsichtspersonen, Kosten für Lehrmaterialien, Verwaltungskosten und den Kauf von Büchern. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt in Raten, sofern die Vereinigung die erforderlichen Nachweise einreicht und die Stadt die Jahresabrechnung genehmigt. Über eine zusätzliche Mittelzuweisung in Höhe von 4.000 Euro, die aus dem Überschuss der Vorjahre finanziert wird, ist abzustimmen.

Rätin Colette MART (DP): Das Dossier mit der Vereinigung „Il était une fois“ kenne ich gut, war es doch eines der ersten Dossiers in meiner Amtszeit als Schöffin. Mir hat die Initiative der Vereinigung von Anfang gut gefallen. Es handelt sich um eine lokale Initiative in einem Stadtteil, in dem viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, von denen viele einen bescheidenen Lebensstandard leben. Es handelt sich um ein kulturelles Angebot für Kinder von 0 bis 6 Jahren, mit dem Ziel, Wissen in der Muttersprache der Kinder zu verbessern. Mit Hilfe von Büchern soll die Verbindung zur Muttersprache aufrechterhalten und gefördert werden. Lehrkräfte aus unseren Schulen sagten mir vor einigen Jahren, dass es Kinder gebe, die keine Muttersprache mehr haben, die, wenn sie nach Luxemburg kommen, mit unseren drei Landessprachen konfrontiert werden und dabei selbst aus einem Land kommen, in dem sie bereits in ihrer Familie, in ihrem Umfeld mit mehreren Sprachen in Kontakt waren. Diese Kinder konnten sich nicht in einer Sprache verankern, weshalb es für sie schwieriger ist, Sprachen zu erlernen.

Die Initiative der Vereinigung „Il était une fois“ geht in die richtige Richtung und setzt der „Welt des Bildschirms“ etwas entgegen, weil es sich um Angebote rund um das Buch, um Sprache, um direkte Kommunikation über Sprache handelt. In einem Interview mit der Presse hat die neue Präsidentin der nationalen Elternvereinigung ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass Kinder allgemein weniger gut sprechen können, was nicht zuletzt auch auf einen frühen Umgang mit Handys und Bildschirmen zurückzuführen sei. Ich werde die vorliegende Konvention unterstützen.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Die Vereinigung „Il était une fois“ leitet seit 2019 eine Kinderbibliothek in Gasperich, mit dem Ziel, die Mehrsprachigkeit zu unterstützen, die Inklusion und das Zusammenleben zu fördern. Der Tätigkeitsbericht der Vereinigung weist beeindruckende Zahlen auf. Die angebotenen Aktivitäten richten sich an Kinder und ihre Eltern, aber auch an die Früherziehungs- und Kindergartenklassen, die Schulfoyers und Kindertagesstätten. Die Vereinigung finanziert ihre Aktivitäten nicht ausschließlich über die von der Stadt Luxemburg gewährten Subventionen – Gelder, die es ihr erlauben, Personal einzustellen –, sondern verfügt auch über eigene finanzielle Mittel, die aus Mitgliedsbeiträgen stammen.

Auf Nachfrage habe ich von einem Mitglied des Vereinsvorstands erfahren, dass das Bildungsministerium seine Subventionen aufgrund von Budgetbeschränkungen gestrichen habe. Ich finde diese Entscheidung bedauerlich. Gleichzeitig muss ich kritisch anmerken, dass im Allgemeinen alle nötigen Informationen vor dem Abschluss einer Konvention eingeholt werden müssen, um sie den Mitgliedern der jeweiligen beratenden Kommission geben zu können. In diesem Fall ging es lediglich um Budgetbeschränkungen und nicht z.B. um Kritik an der pädagogischen Herangehensweise des Vereins. Letzteres hätte eine Fortsetzung der Konvention in Frage stellen können.

Von Mitgliedern des Vereinsvorstands war zu erfahren, dass die Kindertagesstätten der Stadt Luxemburg die Angebote dieser Vereinigung leider nicht wahrnehmen. Deshalb meine Bitte, bei den Dienststellen *Foyers scolaires* und *Crèches* dahingehend zu intervenieren, dass sie die Schulfoyers und Kindertagesstätten auf das interessante Angebot der Vereinigung aufmerksam machen. Sogar die Kindertagesstätte Gasperich, die sich in unmittelbarer Nähe zum Standort der Bibliothek befindet, scheint diese nicht aufzusuchen.

Die Konvention tritt rückwirkend zum 1. Januar 2026 in Kraft. Ich würde mir wünschen, dass Konventionen dem Gemeinderat früher zur Abstimmung vorgelegt werden und dass auch die zuständigen beratenden Kommissionen schnellstmöglich damit befasst werden.

Unsere Fraktion wird die vorliegende Konvention unterstützen. Alle Aktivitäten mit dem Ziel, das Zusammenleben in unserer Stadt zu fördern, die Mehrsprachigkeit zu unterstützen und die Kinder schulisch weiterzubringen, sind lobenswert.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Es handelt sich hierbei um ein Projekt, das einfach erscheinen mag, aber sehr wichtig ist. Die Fokussierung auf Kinder der Altersgruppe 0 bis 6 Jahre bedeutet, in einem entscheidenden Entwicklungsmoment einzugreifen. Besonders interessant ist der sehr praxisorientierte Ansatz: eine Stadtteilbibliothek, Vorlesestunden für Kinder, Zugang zu Büchern in verschiedenen Sprachen. In einer Stadt wie Luxemburg ist diese Mehrsprachigkeit von entscheidender Bedeutung und passt perfekt zur Lebenswirklichkeit der Familien.

Das Projekt besteht seit mehreren Jahren und funktioniert gut. Es findet großen Anklang, insbesondere bei den Familien, was viel über seinen Nutzen aussagt. Wir stellen fest, dass die Vereinigung beschlossen hat, in ihrer Arbeit eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren, anstatt sich in eine Struktur mit institutionellem Charakter einzugliedern. Dies ist ein konsequenter Ansatz zur Stärkung der lokalen Verankerung. Es handelt sich um einfache, aber konkrete Initiativen, die sich direkt auf den Alltag auswirken. Aus diesen Gründen unterstützen wir diese Vereinbarung.

Schöffin Corinne CAHEN: Das Projekt „Il était une fois“ ist ein schönes Projekt, für das ich die Vereinigung und auch Frau Mart nur beglückwünschen kann. Es ist sehr wichtig, dass die Eltern mit ihren Kindern in der Muttersprache kommunizieren, um diese zu festigen. Auf dieser Grundlage ist es für die Kinder dann leichter, andere Sprachen zu erlernen.

Ich kann verstehen, dass das Bildungsministerium argumentiert, dass es sich um eine lokale Initiative handelt, die den in der Stadt Luxemburg wohnenden Kindern nützt. Die Stadt Luxemburg leistet eine finanzielle Unterstützung, denn wir sind überzeugt, dass die Vereinigung eine sehr wertvolle Arbeit im Interesse der Kinder und ihrer Eltern leistet. Inklusion und ein gutes Zusammenleben liegen uns allen sehr am Herzen. Auf Nachfrage beim Bildungsministerium habe ich die gleiche Antwort wie Rätin Brömmel erhalten.

Die Vereinigung „Il était une fois“ hat drei Angestellte (eine Vollzeitstelle und zwei Teilzeitstellen). In der Kommission wurde sich danach erkundigt, ob die Angestellten eine Fachausbildung hätten und ob sie bei ihrer Kandidatur einen Auszug aus dem Strafregister vorlegen müssten. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Bibliothek ein Ort ist, wo die Kinder mit den Eltern, mit Begleitpersonen hinkommen. Die Vereinigung arbeitet viel mit ehrenamtlichen Helfern, Studenten, Praktikanten des SNJ sowie mit Eltern zusammen.

Ich bin sicher, dass Schöffe Galles das Anliegen, die städtischen Schulfoyers und Kinderkrippen für einen Besuch in der Bibliothek der Vereinigung „Il était une fois“ zu motivieren, weiterleiten wird.

Es ist in der Tat wünschenswert, dass eine Vereinbarung so schnell wie möglich von der zuständigen Kommission begutachtet und vom Gemeinderat genehmigt werden soll. Wir werden versuchen, den Zeitplan zu optimieren.

Ich danke dem Gemeinderat für die breite Zustimmung für dieses wertvolle Projekt.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

Schaffung und Verwaltung eines „tiers-lieu“ für die Bewohner des Stadtteils Cents. Dieser Dritte Ort soll durch vielfältige soziale, kulturelle, pädagogische und sportliche Aktivitäten den sozialen Zusammenhalt, die Bürgerbeteiligung und den interkulturellen Austausch fördern. Die Konvention wird für die Dauer von drei Jahren bis zum 31. Dezember 2028 geschlossen. Jede Verlängerung bedarf einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den Parteien. Jährliche Treffen sind vorgesehen, um die Projektdurchführung zu bewerten und über die Fortführung zu entscheiden.

Im Gegenzug für eine jährliche finanzielle Unterstützung der Stadt von bis zu 15.000 €, bestehend aus maximal 5.000 € pro Jahr für die anfänglichen Ausrüstungskosten und maximal 10.000 € pro Jahr für die Betriebskosten, die in Raten nach Vorlage entsprechender Unterlagen gezahlt werden, verpflichtet sich die Vereinigung, die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu verwalten und zu öffnen, deren Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit zu gewährleisten und Aktivitäten zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Anwohner zugeschnitten sind. Die Vereinigung verpflichtet sich ebenfalls, die Beteiligung der Anwohner zu fördern, eine neutrale und inklusive Verwaltung des öffentlichen Raums zu gewährleisten, mit lokalen Akteuren zusammenzuarbeiten und einen jährlichen Tätigkeitsbericht sowie einen Haushaltsplan zu erstellen.

Darüber hinaus stellt die Stadt der Vereinigung Räumlichkeiten im ehemaligen Kindergarten „Gabriel-Marie“ zur Verfügung. Jährliche Miete: 120 €. Die Vereinigung ist für die ordnungsgemäße Nutzung der Räumlichkeiten gemäß den geltenden Bestimmungen verantwortlich und darf diese weder abtreten noch untervermieten.

Rätin Colette MART (DP): Es hat mich gefreut, vor einigen Monaten bei der Eröffnung des „tiers-lieu“ in Bonneweg dabei sein zu können. Als wir die Absicht, „tiers-lieux“ zu schaffen, in unser Wahlprogramm eingeschrieben haben, habe ich mir die Frage gestellt, wie ein „tiers-lieu“ seinen Platz neben einem Jugendhaus, neben Cafés und Restaurants im Viertel finden wird, und ob es einen Bedarf gibt. Der Erfolg, den der „tiers-lieu“ in Bonneweg kennt, ist eine sehr positive Überraschung. Auf Facebook verfolge ich die zahlreichen Aktivitäten, die hier angeboten werden, und wie groß das Interesse der Bürger ist. Ich kann ähnliche Initiativen daher nur unterstützen. Im Stadtteil Cents sind im Rahmen eines SNHBM-Projektes viele weitere Wohnungen entstanden und neue Einwohner hinzugekommen. Es ist wichtig, das Zugehörigkeitsgefühl zu fördern, wobei auch den „tiers-lieux“ eine wichtige Bedeutung zukommt. Der „tiers-lieu“ im Stadtviertel Cents ist in der früheren Schule „Gabriel-Marie“ untergebracht. Die frühere Stadtviertelschule eignet sich hervorragend zur Einrichtung eines Treffpunktes. Es würde mich interessieren, ob der „tiers-lieu“ in Eich ebenfalls ein Erfolg ist.

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): Unsere Fraktion wird diese Vereinbarung unterstützen. Luxemburg ist eine ausgesprochen internationale Stadt. Fast 70 % ihrer Einwohner sind ausländische Staatsangehörige. Diese Vielfalt ist ein außergewöhnlicher Mehrwert, stellt aber auch eine große Herausforderung dar: diese Koexistenz in ein wirkliches Zusammenleben zu verwandeln. Denn in einer multikulturellen Stadt zu leben, bedeutet nicht automatisch, dass man Kontakte knüpft. Im Gegenteil, es kann manchmal Formen der Isolation verstärken, insbesondere für Neuankömmlinge, aber auch für andere, besonders schutzbedürftige Gruppen.

In diesem Zusammenhang kommt dem „Dritten Ort“ seine volle Bedeutung zu. Bemerkenswert ist dabei, dass die Initiative von den Anwohnern selbst ausgeht. Und sie hat bereits Wirkung gezeigt: 75 organisierte Aktivitäten, über 1.000 Anmeldungen und fast 450 Anwohner, die sich aktiv am lokalen Geschehen beteiligen. Das Projekt zielt darauf ab, echte menschliche Verbindungen zu schaffen, im kleinen Maßstab,

- 12) Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „Initiative Cents a.s.b.l.“ zur

aber in einem zugänglichen und inklusiven Umfeld. Es ermöglicht Menschen unterschiedlicher Kulturen, sich zu begegnen, Ideen auszutauschen und sich kennenzulernen. Dieser „tiers-lieu“ wird so zu einem wahren Zentrum des sozialen Zusammenhalts, fördert den interkulturellen Austausch und stärkt das Zugehörigkeitsgefühl zum Viertel. Dies geschieht mit begrenzter finanzieller Unterstützung (15.000 € pro Jahr). In diesen „Dritten Ort“ zu investieren bedeutet nicht nur, einen Raum zu finanzieren. Es bedeutet, in das zu investieren, was die Qualität einer Stadt ausmacht: menschliche Beziehungen, Zugehörigkeitsgefühl und Solidarität.

Wer diese Konvention unterstützt, entscheidet sich für eine humanere, inklusivere und besser vernetzte Stadt.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Selbstverständlich unterstützt auch unsere Fraktion die Einrichtung eines „tiers-lieu“ im Stadtteil Cents, dies in der Kontinuität der guten Erfahrungen, die mit dem „tiers-lieu“ in Bonneweg gesammelt werden konnten. Auch ich würde mich freuen, wenn wir regelmäßig ein Feedback über die in den „tiers-lieux“ organisierten Aktivitäten und die Zahl der Teilnehmer erhalten könnten. Auch wäre es interessant zu sehen, was unternommen werden kann, um unsere Aktionen in den verschiedenen Stadtteilen zu verfeinern und zu verbessern. Der „tiers-lieu“ im Stadtteil Cents ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Wünsche der Einwohner eines Viertels gehört werden. In diesem Sinne sollten weitere Initiativen unterstützt, den Wünschen der Anwohner, die den lokalen Interessenvereinen zugetragen werden, Gehör geschenkt werden.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Nach Bonneweg und Eich handelt es sich hierbei um den dritten „tiers-lieu“, der von der Stadt entwickelt wurde. Wir stellen fest, dass diese Räume funktionieren, gerade weil sie von den Anwohnern wirklich angenommen werden. Wir haben es hier mit einem interessanten Bottom-up-Ansatz zu tun, bei dem die Aktivitäten nicht vorgeschrieben, sondern direkt von den Bewohnern des Stadtteils konzipiert werden. Diese Eigenverantwortung ermöglicht es einem Ort, sich nachhaltig zu entwickeln. Das Projekt stützt sich größtenteils auf ehrenamtliches Engagement. Dies spiegelt eine echte lokale Dynamik wider und ermöglicht es zugleich, die Funktionskosten unter Kontrolle zu halten. Selbstverständlich müssen die Fragen der Nachhaltigkeit und des langfristigen Engagements aufmerksam beobachtet werden, doch die heute geschaffenen Grundlagen sind solide. Es handelt sich um einen pragmatischen, in der Gemeinschaft verankerten Ansatz, der einem starken Bedürfnis der Bewohner entspricht. Aus diesen Gründen unterstützen wir diese Konvention.

Schöffin Corinne CAHEN: Über dieses Thema könnte ich eine Stunde lang referieren. Bereits bevor ich das Mandat als Schöffin der Stadt Luxemburg angetreten bin, hatte ich Gelegenheit, gut funktionierende „tiers-lieux“ kennenzulernen. Und doch hat mich der Erfolg, den die von der Stadt Luxemburg initiierten „Dritten Orte“ haben, die Begeisterung, mit der sie von den Bürgern angenommen wurden, und die Freude, mit der die Einwohner Aktivitäten organisieren, stark beeindruckt. Rätin Mart sagte, dass sie die Aktivitäten des „tiers-lieu“ in Bonneweg via Facebook verfolgte. In der Tat lässt sich via Facebook gut nachverfolgen, welche Aktivitäten stattfinden und wie die Menschen bei guter Laune zusammenkommen. Vor zwei Wochen haben wir Vertreter des Interessenvereins Eich-Dommeldingen-Weimerskirch im Rathaus empfangen. Sie haben uns bestätigt, dass der „tiers-lieu“ in Eich super funktioniert und die Einwohner begeistert sind. „Tiers-lieux“ sind Orte, an denen die Menschen sich treffen, wo sie an Aktivitäten teilnehmen können. Die Einwohner vereinnahmen den Standort. Der „tiers-lieu“ in Eich wurde ebenfalls sofort von den Einwohnern angenommen. Ich kann mich daher nur freuen, dass uns heute die Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „Initiative Cents“ zur Einrichtung eines dritten „tiers-lieu“ vorliegt.

Der „tiers-lieu“ in Bonneweg wird von der Vereinigung Inter-Actions geleitet, jener in Eich von der ASTI. Die „Initiative Cents“, welche die Leitung des „tiers-lieu“ in Cents übernimmt, ist für mich ein Beispiel aus einer perfekten Welt. Hier haben sich Einwohner gefunden, die Initiativen ergreifen. Sie ergreifen diese nicht erst seit Kurzem, sondern bereits seit Jahren. Die angebotenen Aktivitäten richten sich ausschließlich an die Einwohner des Viertels Cents. Samstagmorgens gehen sie zusammen spazieren, sie organisieren Kochkurse, Aktivitäten für Kinder usw. Es lag demnach auf der Hand, dass wir das Projekt eines „tiers-lieu“ im Viertel Cents zusammen mit der Vereinigung „Initiative Cents“ durchführen würden.

Die Aktivitäten finden in den Räumlichkeiten einer früheren Stadtviertelschule statt. Die Vereinigung verzichtet bewusst auf einen konventionierten Posten. Sie leitet den Dritten Ort ehrenamtlich. Es ist dies ein Beispiel einer Bottom-up-Initiative, die aus den Herzen von Menschen kommt, die sich begegnen wollen. „Tiers-lieux“ sind Orte, an denen sich die Einwohner treffen können. Hier spielen weder Nationalität noch Religion oder Herkunft eine Rolle. Es sind Aktivitäten, Interessen, die Menschen zusammenführen, und damit erfüllen die „tiers-lieux“ das gewünschte Ziel: sich kennenlernen, Freunde werden und einer dem anderen helfen. Das ist gelebte Solidarität, gelebte Freude, weshalb ich mich freue, dass wir nun den dritten „tiers-lieu“ eröffnen können. Wir arbeiten eifrig und hoffen, weitere „tiers-lieux“ in anderen Stadtteilen schaffen zu können.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

VIII KOSTENVORANSCHLÄGE

1) Definitives Projekt für den Bau eines neuen Schulgebäudes mit Schulfoyer in Beggen

Der Gemeinderat ist aufgerufen, sich mit dem veranschlagten Kostenvoranschlag in Höhe von 22.469.731,30 € für den Bau eines neuen Schulgebäudes mit integriertem Schulfoyer für bis zu 120 Kinder in Beggen (32, Rue de Marche) zu befassen. Ziel dieses Projektes ist die Errichtung eines neuen Gebäudes, um die Unterrichts- und Betreuungseinrichtungen für den Schulzyklus 1 in einem einzigen Gebäude auf dem Schulcampus in Beggen zusammenzuführen.

Dieses neue Gebäude ist Teil der Strategie zur Entwicklung des Schulcampus, der derzeit eine Schule für die Schulzyklen 2 bis 4, einen Komplex mit Sporthalle, ein Vereinszentrum und den ehemaligen Kindergarten umfasst. Auf dem Campus befindet sich bereits ein Schulfoyer, in dem ein Teil des Schulzyklus 1 untergebracht ist, sowie ein temporäres Gebäude für den restlichen Teil des Schulzyklus 1 und des Schulfoyers. Dieses temporäre Gebäude wird nach Fertigstellung des Neubaus abgerissen.

Das neue Schulgebäude wird im südlichen Teil des Campus, gegenüber dem Schulfoyer, auf dem Gelände des derzeitigen Mehrzwecksportplatzes errichtet, nachdem dieser auf das Grundstück Nr. 477/2133 (38, Rue de Marche) verlegt wurde. Das neue Schulgebäude wird über einen Haupteingang mit überdachtem Bereich auf Höhe des Schulhofs verfügen, der von der Rue de Marche aus zugänglich ist. Ein Nebeneingang, der für die Anlieferung von Mahlzeiten vorgesehen ist, befindet sich im unteren Bereich des Schulhofs, neben der Notfalltreppe an der Ostseite.

Das Projekt umfasst die Schaffung eines gemeinsamen Schulhofs für das neue Gebäude und das gegenüberliegende

Schulfoyer. Der Schulhof wird in verschiedene Zonen unterteilt, sodass jede Altersgruppe einen eigenen Spielbereich hat. Eine große Treppe verbindet die beiden Ebenen des Schulhofs und bietet zudem Platz zum Treffen und Ausruhen. Eine bestehende Rampe an der Nordostseite bleibt erhalten, um einen barrierefreien Zugang zwischen den Ebenen zu gewährleisten.

Das Projekt sieht keine zusätzlichen Parkplätze vor und zielt darauf ab, die aktive Mobilität zu fördern. Die meisten Kinder erreichen die Schule zu Fuß über den Fußgängerüberweg in der Rue de Beggen, wo sich auch die nächste Bushaltestelle befindet. Die bestehenden Bäume südlich und westlich des Geländes bleiben erhalten und werden das neue Schulgebäude umgeben.

Unter Berücksichtigung des natürlichen Geländes wird das Gebäude auf versetzten Halb-Ebenen errichtet. Der Haupteingang befindet sich im Erdgeschoss und führt in eine Empfangshalle mit erhöhter Deckenhöhe. Von dort aus gelangt man in die Gemeinschaftsräume, wie beispielsweise den Elternempfangsraum, das Büro des Schulfoyer-Leiters und die Loge des Hausmeisters. Auch die Räume des Schulfoyers sind dort untergebracht.

Von der Eingangsebene führt eine halbe Treppe hinunter ins „untere Erdgeschoss“. Dort befinden sich entlang des Schulhofs ein Raum für das Küchenpersonal und zwei Speisesäle von jeweils etwa 70 Quadratmetern. Diese sind durch eine mobile Trennwand voneinander getrennt. Jeder Speisesaal bietet direkten Zugang zum Schulhof. Auf der Südseite dieses Geschosses werden eine Regenerationsküche und ein großer Mehrzweckraum eingerichtet, der den Kindern Bewegungsmöglichkeiten bietet.

Über eine Treppe gelangt man in das in das „obere Erdgeschoss“. Hier befinden sich zwei große Klassenzimmer für die Früherziehung („*précoce*“), zwei durch Schiebetüren miteinander verbundene Ruheräume sowie ein weiterer Raum, der vom Schulfoyer genutzt werden kann.

Im ersten Obergeschoss befinden sich vier Vorschulklassenzimmer, die jeweils durch einen kleineren Nebenraum voneinander getrennt sind. Am westlichen Ende dieser Etage liegen die Bibliothek und zwei Veranstaltungsräume. Ein Personalraum für das Schulfoyer sowie eine Lehrküche vervollständigen das erste Obergeschoss.

Technikräume, eine Waschküche und Lagerräume befinden sich im Untergeschoss.

Das Projekt umfasst ein Holzgebäude auf einem Betonfundament. Auch das Haupttreppenhaus wird aus Beton gefertigt. Ein Split-Level-Aufzug wird in das Treppenhaus integriert und ermöglicht so einen stufenlosen Zugang zu allen Etagen.

Das Gebäudeinnere wird nach dem Dreibundprinzip gestaltet, bei dem Nebenräume wie Toiletten im Zentrum und Klassenzimmer an den Fassaden angeordnet sind. Jede Etage verfügt über separate Toiletten für Kinder und Erwachsene. Natürliches Licht wird von einem großem Oberlicht über kleine, mit Stahlnetzen gesicherte Lichtschächte auf alle Etagen verteilt.

Der Baubeginn ist für Herbst 2026 geplant, die Fertigstellung für Ende 2029. Das Projekt wird über das außerordentliche Budget 2026 und der folgenden Jahre finanziert.

Rätin Pascale AREND (DP): Das Projekt wurde uns in der Kommission von Herrn Clemens Wintzer ausführlich vorgestellt. Es führt Schule und Schulfoyer für die Kinder des Schulzyklus 1 unter einem Dach zusammen und wird zu einer nachhaltigen Modernisierung des Schulcampus Beggen beitragen. Die derzeitigen provisorischen Strukturen werden verschwinden.

Die neue Schule und das Schulfoyer werden bis zu 120 Kinder aufnehmen können. Ziel dieses Projekts ist die Errichtung eines neuen Gebäudes, um die Unterrichts- und Betreuungseinrichtungen für den Schulzyklus 1 in einem einzigen Gebäude auf dem Schulcampus in Beggen zusammenzuführen.

Beim Neubau handelt es sich um eine nachhaltige Holzkonstruktion auf einem Betonfundament. Unter Berücksichtigung der Hanglage wird das neue Gebäude auf versetzten Halbebenen errichtet. Bei der Planung wurde an alles gedacht. Von der Eingangsebene führt eine halbe Treppe hinunter ins „untere Erdgeschoss“. Dort befinden sich entlang des Schulhofs ein Raum für das Küchenpersonal und zwei Speisesäle von jeweils etwa 70 Quadratmetern, die durch eine mobile Trennwand voneinander getrennt sind, sodass sie gemeinsam genutzt werden können. Jeder Speisesaal bietet direkten Zugang zum Schulhof. Auf der Südseite dieses Geschosses werden eine Regenerationsküche und ein großer Mehrzweckraum eingerichtet, der den Kindern Bewegungsmöglichkeiten bietet.

Die Klassenräume für die Früherziehung und die Kindergarten-Klassen befinden sich im oberen Geschoss. Hier befinden sich auch eine Bibliothek und zwei Veranstaltungsräume. Ein Personalraum für das Schulfoyer sowie eine Lehrküche vervollständigen das erste Obergeschoss. Größere Räume sind so geplant, dass sie durch Mobilwände in kleinere Räume unterteilt werden können.

Das Projekt setzt hohe ökologische Maßstäbe. Zwei Erdwärmepumpen werden den Hauptteil des Gebäudes über eine reversible Fußbodenheizung heizen und kühlen. Die Belüftung erfolgt über vier Lüftungsanlagen. Die Toiletten werden mit auf dem Gelände gesammeltem Regenwasser gespeist. Das Gründach wird mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet.

Der Schulhof wird ausgebaut. Es sind verschiedene Spielbereiche vorgesehen, die entsprechend den Bedürfnissen der verschiedenen Altersgruppen kindergerecht gestaltet werden. Die vorhandenen Bäume werden erhalten. Das Lehrpersonal war in die Planung eingebunden. Die konkreten Bedürfnisse und Vorschläge konnten eingebracht werden. Die Schulkinder werden den vorhandenen Schulhof während der gesamten Dauer der Bauarbeiten nutzen und zusätzlich auf einen der beiden mobilen Wohnwagen zurückgreifen können.

Durch eine Zusammenführung von Schule und Schulfoyer werden kurze Wege geschaffen.

Im Herbst dieses Jahres soll mit den Arbeiten begonnen werden. Das neue Gebäude soll voraussichtlich bis Ende 2029 fertiggestellt sein. Der geschätzte Kostenpunkt liegt bei 22.469.731 Euro.

Ich nutze die Gelegenheit, um zu erfahren, wie weit die Planungen für das Schulgebäude Adolphe Fischer gediehen sind.

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): *déi gréng* haben sich schon mehrfach dafür ausgesprochen, ein Gebäude für den Schulzyklus 1 so zu bauen, dass die Räumlichkeiten sowohl von den Schulklassen als auch vom Schulfoyer genutzt werden können und beide Einheiten in ein- und demselben Gebäude untergebracht sind. Durch dieses Vorgehen können wir zudem die Containerstruktur-Ära auf diesem Schulcampus endlich hinter uns lassen.

Rätin Arend ist bereits auf die nachhaltige Bauweise des Projektes eingegangen: Holzkonstruktion, Erdwärmepumpen, um den Hauptteil des Gebäudes über eine reversible Fußbodenheizung zu heizen, die WCs werden mit auf dem Gelände gesammeltem Regenwasser gespeist, das Gründach wird mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Es sind dies vom Gesetz vorgeschriebene Standards. Ich würde mir wünschen, dass die Stadt auch ihre bestehenden Gebäude entsprechend

diesen Standards upgraden würde. Es wurde unterstrichen, dass die vorhandenen Bäume erhalten bleiben. Ich hoffe, dass die Bäume während der Bauarbeiten keinen Schaden erleiden werden. Es ist zu begrüßen, dass keine zusätzlichen Parkplätze vorgesehen sind, zumal sich dieses Viertel gut dafür eignet, zu Fuß zur Schule zu gehen. Dieser Ansatz sollte an anderen Schulstandorten auch verfolgt werden, um so die sanfte Mobilität zu fördern.

Schöffe Galles hatte angekündigt, die Schulinfrastrukturen besser im Sinne einer Kohabitation von Schule und Schulfoyer nutzen zu wollen. Beim vorliegendem Projekt haben wir es erneut eher mit einer gemeinsamen Nutzung als mit einer Kohabitation zu tun. Es ist nur ein Schritt in Richtung Kohabitation, denn es wird weiterhin Räume geben, die morgens bzw. nachmittags nicht genutzt werden. Da es sich um einen Bau von gut überschaubarer Größe handelt (6 Klassenräume), ist es bedauerlich, dass hier nicht die Gelegenheit genutzt wird, eine richtige Kohabitation zu testen.

Die Erklärungen, die uns in der Kommission zum Thema Schulhof gegeben wurden, haben mich nicht überzeugt. Den Schulhöfen wird nach wie vor weniger Bedeutung beigemessen als den Schulgebäuden. Ein neues Schulgebäude sollte erst dann in Betrieb genommen werden, wenn auch die Gestaltung des Schulhofs abgeschlossen ist.

In der Schulkommission wurde uns erklärt, dass der Stadtteil Beggen derzeit nicht zu den Vierteln gehöre, in denen der Druck, weitere Säle zu bauen, am größten ist. Dennoch bedauere ich, dass die Chance verpasst wurde, eine wahre Kohabitation von Schule und Schulfoyer anzustreben. Ansonsten begrüßen wir das Projekt – und es gibt ja noch Hoffnung, dass es bis 2029/2030 trotz allem mit der Kohabitation klappen könnte.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Dieses Projekt ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des Schulcampus Beggen und eine Investition in die Zukunft der Kinder des Stadtteils Beggen. Die Idee, Schule und Schulfoyer an einem Standort zusammenzuführen, moderne und flexible Räume zu schaffen und dabei auf Nachhaltigkeit zu setzen, ist absolut zu begrüßen. Es wird auf ein flexibles Baukonzept gesetzt und auch die Tatsache, dass vorhandene Bäume erhalten werden, ist zu begrüßen. Die Idee, den Standort Schritt für Schritt in einen wahren Schulcampus zu entwickeln, geht in die richtige Richtung.

Die Kosten werden mit rund 22 Millionen Euro veranschlagt. Es handelt sich um eine wichtige und richtige Investition. Da wir jedoch immer wieder die Erfahrung machen, dass es bei großen Infrastrukturprojekten praktisch nie beim geschätzten Kostenpunkt bleibt, stellt sich die Frage, wie wir bei diesem Projekt sicherstellen können, dass wir in einigen Jahren nicht wieder mit einem rektifizierten Kostenvoranschlag befasst werden. Diese Frage stellt sich umso mehr als der internationale Kontext derzeit sehr angespannt ist und weiter zu eskalieren droht, was Preiserhöhungen zur Folge haben könnte. Es ist daher unabdingbar, dass die Stadt mit diesen Geldern mit maximaler Transparenz und Verantwortung umgeht.

Das neue Gebäude ist für bis zu 120 Kinder ausgelegt, wobei darauf hingewiesen wird, dass sich der Bau an den aktuellen Bedürfnissen ausrichtet und man in naher Zukunft nicht von großen demografischen Entwicklungen im Stadtteil Beggen ausgeht. Wie hoch ist die Auslastung des derzeitigen Gebäudes? Wie sehen die Prognosen bis 2030 aus? Warum wird im Viertel Beggen nicht mit größeren demografischen Entwicklungen gerechnet?

Es handelt sich um ein wichtiges Projekt mit vielen positiven Aspekten. Doch gerade, weil es sich um eine bedeutende Investition in unsere Schulinfrastrukturen handelt, muss

sichergestellt werden, dass das Projekt sowohl in finanzieller als auch in strategischer Hinsicht langfristig gut aufgestellt ist.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Das Projekt wurde bereits ausführlich beschrieben, so dass ich mich kurz halten kann. Die aktuellen Schulinfrastrukturen in Beggen entsprechen nicht mehr vollständig den heutigen Standards, weshalb eine Modernisierung richtig und wichtig ist. Hinzu kommt, dass wir zusätzliche Schulkapazitäten brauchen. Die Stadt Luxemburg wächst weiter. Mit dem Projekt Alpha im Hinterkopf gilt es, heute zu planen, und nicht erst zu reagieren, wenn es bereits zu spät ist. Für die Kinder des Schulzyklus 1 ist es wichtig, dass Schule und Schulfoyer in einem Gebäude untergebracht sind, denn dies erleichtert den Alltag, verbessert die Zusammenarbeit des Personals von Schule und Schulfoyer und gibt den Kindern mehr Stabilität. Das vorliegende Bauprojekt ist gut durchdacht. Die Räume werden an die Bedürfnisse der Kinder angepasst. Beim Neubau handelt es sich um eine nachhaltige Holzkonstruktion. Das Dach wird mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Der Kostenpunkt ist in der Tat hoch, doch handelt es sich um eine wichtige Investition in die Zukunft und im Interesse der Kinder. Unsere Fraktion wird dieses Projekt unterstützen.

Rätin Colette MART (DP): Ich bin nicht ganz einverstanden mit Rätin Brömmel, die in puncto Kohabitation einen Wertmüßer zu erkennen glaubte. Es handelt sich hier um einen wichtigen Schritt. Die Räume werden so konzipiert, dass sie sowohl von der Schule als auch vom Schulfoyer genutzt werden können. Dies vermittelt beiden Partnern das Signal, dass dies so gewünscht ist. Ich meine, dass die Entwicklung der Schülerzahlen mit darüber entscheiden wird, wie die Kohabitation stattfinden wird, ob wir sie brauchen oder ob wir die Möglichkeit haben, beide Bereiche zu trennen. Die Frage der Kohabitation stößt unter den Lehrkräften nicht auf einheitliche Zustimmung. Die politisch Verantwortlichen haben nicht einseitig etwas aufgedrängt, sondern mit dem vorliegenden Projekt sozusagen einen Mittelweg eingeschlagen: Wir öffnen die Tür in Richtung Kohabitation. Das Projekt macht eine Kohabitation möglich, und im Laufe der Jahre werden wir sehen, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Rat Claude RADOUX (DP): Die Stadtentwicklungskommission hat sich ebenfalls mit dem Projekt befasst. Die Bemerkung, dass die modernen Standards ohnehin gesetzlich vorgeschrieben seien, fand ich fehl am Platze, denn man sollte die Mitarbeiter der zuständigen Dienststelle auch für ihre Arbeit loben können. Es handelt sich um ein gut durchdachtes Projekt mit einer nachhaltigen Holzkonstruktion. Daher kann ich unsere zuständige Dienststelle nur beglückwünschen.

Was die Bemerkung bezüglich einer möglichen Kostenüberschreitung betrifft, möchte ich betonen, dass der Kostenvoranschlag korrekt und mit der erforderlichen Vorsicht erstellt wurde. Der Inflationsentwicklung wurde ebenso vorausschauend Rechnung getragen wie der Möglichkeit unvorhersehbarer Ereignisse. Es wäre unverantwortlich, den Kostenvoranschlag einfach doppelt so hoch anzusetzen, nur um jegliche Kostenüberschreitung von vornherein auszuschließen.

Ist der Kostenvoranschlag vom Gemeinderat gebilligt, folgt die Ausschreibung des Projektes. Anschließend werden die eingegangenen Angebote geprüft. Sollte das beste Preisangebot weit unter den veranschlagten 22 Millionen Euro liegen, umso besser. Da viele Unternehmen aufgrund der aktuellen Situation im Bausektor froh sein werden, an Ausschreibungen für öffentliche Projekte teilzunehmen, bin ich zuversichtlich, dass uns preislich vernünftige Angebote unterbreitet werden.

Die Frage nach den Aufnahmekapazitäten des geplanten Neubaus und der Zahl der Kinder, die derzeit die bestehende Schule besuchen, wurde in der Kommission aufgeworfen. Die

Antwort lautete: eine Aufnahmekapazität für 120 Kinder für den Neubau und Stand heute 75 Kinder für das bestehende Gebäude. In puncto Aufnahmekapazität besteht also noch Luft. Wir werden die Räume nicht leer stehen lassen. Wenn weniger Kinder die Schule besuchen, haben wir weniger Kinder pro Saal, andernfalls sind es mehr Kinder pro Saal. Aus meiner Sicht wird hier sowohl vorsichtig als auch vorausschauend geplant, da zu erwarten ist, dass in den kommenden Jahren weitere Familien mit Kindern nach Beggen ziehen werden. Wenn der Neubau steht, wird ein Nachbargebäude abgerissen, so dass dort später bei Bedarf ein weiteres Projekt entstehen könnte. Das vorliegende Projekt verdient eine A+-Note.

Schöffe Paul GALLES: Ich teile die Freude über dieses schöne Projekt. Im zentralen Bereich des Gebäudes, von dem aus viel Tageslicht in die Struktur gelangt, können verschiedene Funktionalitäten zusammengeführt werden. Nach dem Dreibundprinzip sind die Klassenzimmer rund um diesen Kern angeordnet. In diesem Kernbereich befindet sich auch ein Konferenzraum für das Lehrpersonal, das dort z.B. Unterrichtsvorbereitungen erledigen kann, womit der Klassenraum an sich nicht mehr der Raum der Lehrperson ist, sondern zum Raum für die Kinder wird. Dieser Ansatz geht in eine neue Richtung, den es bei Planungen für künftige Schulbauten zusätzlich zu berücksichtigen gilt.

Auf dem Campus Beggen stehen verschiedenen Gebäude, darunter auch Container-Gebäude, die wir auf Dauer abschaffen wollen. Es freut uns, dass mit dem neuen Gebäude Verschiebungen möglich werden, so dass die Entwicklung eines Schulcampus möglich ist, auf dem verschiedene nachhaltige Gebäude mit den zugehörigen Schulhöfen, Grünflächen und Spielplätzen angesiedelt sind. Im Stadtteil Beggen und auch in anderen Stadtteilen wird demnach in Richtung eines schön gestalteten Schulcampus geplant.

Mit der Eröffnung der Schule wird die volle Aufnahmekapazität nicht sofort erreicht, so dass wir in der Tat noch einen Puffer haben. Im Stadtteil Beggen ist die Situation in puncto Platzbedarf nicht dramatisch. Dennoch tun sich Engpässe auf, weil wir durch das Projekt Alpha mehr Räume benötigen werden, selbst wenn die Zahl der Kinder in etwa gleichbleibe. Das vorliegende Projekt ist ein vorausschauender Schritt in diese Richtung. Vor diesem Hintergrund haben wir a priori zwei Möglichkeiten: Wo der Standort es zulässt, wird ein Ausbau geplant. Für die Standorte, an denen dies nicht möglich ist, gehen die Überlegungen in Richtung von mehr Kohabitation oder mehr gemeinsame Nutzung der vorhandenen Säle. Rätin Brömmel hat richtig bemerkt, dass wir uns mit dem vorliegenden Projekt nicht in einer vollständigen Kohabitation, sondern im Bereich einer gemeinsamen Nutzung („co-utilisation“) befinden. Das Prinzip der vollständigen Kohabitation ist das angestrebte Ziel. Rätin Mart hat zurecht darauf hingewiesen, dass man diesen Weg Schritt für Schritt gehen soll, wissend, dass es darum geht, die formale und die nicht-formale Bildung, die unterschiedliche Ansätze im Umgang mit den Kindern verfolgen, einander anzunähern. Das Lehrpersonal und das Betreuungspersonal kennen sich, wissen aber auch, dass ihre Arbeitsweise unterschiedlich ist, dass sie die Räume anders nutzen und unterschiedliche Ansprüche an die Struktur haben. Im Schulzyklus 1 ist es leichter, da der Klassensaal sehr viel leichter auch von der non-formalen Bildung genutzt werden kann, als wenn es sich um Klassensäle der Schulzyklen 2 bis 4 handelt. Was die Kohabitation oder die Co-Nutzung am meisten behindert, sind nicht allein die Mentalitätsdifferenzen, sondern vor allem das Material im Saal. In einem Raum, der von der non-formalen Bildung genutzt wird, in einem Saal für Aktivitäten, für Bewegung, sollten nicht Bänke und Stühle wie in einem Klassensaal stehen. Dieses Problem stellt sich in den Schulzyklen 2 bis 4 weitaus mehr als im Schulzyklus 1. Die Planung des neuen Schulgebäudes in Beggen erfolgte noch bevor das genannte Prinzip zum großen Thema wurde, weshalb es mich freut, dass wir es trotzdem

implementieren können. Das Projekt im Bahnhofsviertel wird in Zusammenarbeit mit dem Personal aus dem formalen und dem non-formalen Bereich allmählich vorangetrieben. Derzeit wird ein Vademecum ausgearbeitet, um die gemeinsame Nutzung und die Kohabitation nicht nur im Schulzyklus 1, sondern auch in den Schulzyklen 2 bis 4 zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des *Service Foyers scolaires* und des *Service Enseignement* eingerichtet, um die verschiedenen Bedürfnisse auszuloten. Auf nationaler Ebene wird derzeit an der Ausarbeitung eines Gesetzes gearbeitet, um die rechtliche Grundlage dafür zu schaffen. Das Vademecum wird bei der Umsetzung helfen. Wir werden Erfahrungen sammeln und Lehren daraus ziehen können, um bereit zu sein, wenn in drei bis vier Jahren das Projekt Alpha größere Ausmaße annehmen wird.

Für das Viertel Beggen sieht der Flächennutzungsplan der Stadt Luxemburg derzeit keine großen Teilbebauungspläne vor, so dass nicht mit mehreren Hundert zusätzlichen Kindern zu rechnen ist. Für das Schuljahr 2026/2027 wird mit 209 Kindern für die Schule Beggen gerechnet. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Schülerzahlen in Beggen in den kommenden Jahren explodieren werden. Sollte die Situation in 20 oder 30 Jahren eine andere sein, wird man anders überlegen müssen. Mit diesem Projekt schaffen wir einen Puffer, der uns helfen wird, sowohl das Projekt Alpha als auch den normalen Schulbetrieb gut über die Runden zu bringen.

Der Wettbewerb für das Projekt „Schule Rue Adolphe Fischer“ hat stattgefunden. Die eingegangenen Dossiers werden nun von der Jury begutachtet. Wir liegen gut im Zeitplan.

In der Kommission wurde uns erklärt, dass der Schulhof zwischen dem neuen und dem vorhandenen Schulgebäude sowohl von der Schule als auch vom Schulfoyer genutzt werden kann, wobei es sich hier nicht um die einzige Fläche handelt, wo Kinder sich draußen aufhalten können. Angesichts der Gegebenheiten vor Ort sind wir der Ansicht, dass es sich um eine gute Lösung handelt. In Beggen steht zudem einer der beiden Wohnwagen des *Service Enseignement* – der andere steht in Kirchberg –, in denen „Wald- und Naturunterricht“ für Schulklassen stattfinden kann.

Schöffe Laurent MOSAR: Wir sind uns alle einig, dass es sich um ein wunderbares Projekt handelt. Eigentlich wäre von meiner Seite nichts mehr hinzuzufügen gewesen, hätte Rätin Miltgen dem Schöffenrat nicht indirekt vorgeworfen, laufend rektifizierte Kostenvoranschläge zu unterbreiten und gemeint, der Schöffenrat müsse nun beim vorliegenden Projekt besonders darauf achten, dass es nicht zu Kostenüberschreitungen komme.

Die Stadt Luxemburg ist gut aufgestellt. Unsere Dienststellen leisten hervorragende Arbeit und machen sich in Bezug auf Projekte viele Gedanken. Wenn klar ist, in welche Richtung das Projekt gehen soll, wird in Zusammenarbeit mit den Fachbüros ein Kostenvoranschlag erstellt. Dieser wird dem Schöffenrat unterbreitet und mit den Vertretern der verschiedenen Dienststellen eingehend besprochen.

Über rektifizierte Kostenvoranschläge freut sich niemand, auch wir nicht. Auch uns wäre es lieber, wenn wir den Gemeinderat nicht mit rektifizierten Kostenvoranschläge befassen müssten. Fakt ist, dass die Zeiten derzeit schwierig sind. Wir erleben gerade eine größere Krise. Auf Anfrage der LSAP hatte die Regierung beschlossen, eine Tripartite einzuberufen, dies vor dem Hintergrund, dass vielen Unternehmen und Personen die steigenden Preise zu schaffen machen. Die aktuelle Krise könnte sich erheblich auf die Rohstoffpreise auswirken. Ohne Rohstoffe kein Bauen mehr. In Bezug auf die von Rätin Miltgen vorgebrachte Forderung kann ich sie deshalb nur bitten, mir zu erklären, wie wir bei dem vorliegenden Projekt und bei künftigen Projekten vorgehen sollen, damit es in diesen schwierigen Zeiten nicht zu Mehrkosten kommt.

Sollte Rätin Miltgen die Lösung dafür haben, werde ich sie für den Nobelpreis für Finanzen und Wirtschaft vorschlagen, denn bisher konnte uns noch niemand sagen, wie wir das schaffen können.

Entgegen der Annahme von Rat Radoux verhält es sich leider so, dass wir bei Ausschreibungen derzeit fast keine Angebote von Unternehmen erhalten. Dieses Phänomen beschränkt sich nicht auf die Stadt Luxemburg; auch zahlreiche Institutionen stellen dies fest. Da ich die Stadt Luxemburg im Verwaltungsrat der SNHBM vertrate, kann ich Ihnen mitteilen, dass die SNHBM immer mehr Ausschreibungen annullieren muss, weil fast keine Angebote mehr eingehen und die wenigen Unternehmen, die ein Angebot einreichen, oft horrend Preise haben und nicht zurückbehalten werden können. Der Bausektor ist in der Krise – eine Krise, die von der geopolitischen Krise angeheizt wird und von der großen Angst vieler Betriebe, ihre Preise nicht halten zu können, weil sie nicht wissen, wie diese sich in den kommenden Monaten entwickeln werden. Insbesondere kleinere Betriebe und Mittelbetriebe zögern daher, sich an Ausschreibungen zu beteiligen, so dass nur noch zwei große Unternehmen Angebote einreichen – mit sehr hohen Preisen. Es ist leider zu erwarten, dass es in den kommenden Wochen und Monaten noch schwieriger wird, Kostenvoranschläge zu berechnen, weil die weitere Entwicklung der Krise nicht vorhersehbar ist. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass der Schöffenrat, zusammen mit dem guten Personal der Stadt Luxemburg sowie den Fachbüros, sein Bestes tun wird, damit die Berechnungen so nahe wie möglich an die Realität herankommen. Aufgrund der aktuellen Situation kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Preise bei dem einen oder anderen Projekt dennoch durch die Decke schießen könnten.

Das Projekt wird einstimmig gutgeheißen.

2) Definitives Projekt für die Erneuerung des Data Centers, der Heizungs- und der Klimaanlage im Gebäude gelegen 2, Boulevard Franklin D. Roosevelt

Der Gemeinderat ist aufgerufen, über den detaillierten Projektplan in Höhe von 4.395.635,61 € für die Erneuerung des Rechenzentrums, der Heizungs- und der Klimaanlage im Gebäude gelegen 2, Boulevard Franklin D. Roosevelt, zu befinden. Das unterhalb des Boulevard Roosevelt gelegene Gebäude ist in die Festungsmauern integriert. Das Dach dient als öffentlich zugängliche Terrasse mit einem schönen Blick auf den Pont Adolphe, das Petrusstal und das Plateau Bourbon. Ziel des Projekts ist es, die im Gebäude festgestellten Mängel und Schäden zu beheben, veraltete Installationen auf den neuesten Stand zu bringen und das Rechenzentrum im vierten Untergeschoss zu zentralisieren. In den vergangenen Jahren wurden u.a. Lecks und Risse in der Bausubstanz festgestellt. Die Verkabelung und zahlreiche veraltete Installationen müssen modernisiert werden. Die Kühlsysteme und Rohrleitungen müssen an die europäischen Richtlinien zur Abwasserentsorgung angepasst werden. Es wurden Studien durchgeführt, um die festgestellten Mängel zu beheben und die Räumlichkeiten neu zu gestalten.

Im ersten Untergeschoss werden die Treppe und die Terrassenplatte saniert und die gesamte Abdichtung erneuert. Im zweiten Untergeschoss wird der Besprechungsraum in eine Küche umgewandelt, um eine ordnungsgemäße Wasserableitung zu gewährleisten, und das Abdichtungssystem des Technikraums wird überprüft. Im dritten Untergeschoss werden die Toiletten renoviert und ein Duschraum eingerichtet. Die Anlagen des Rechenzentrums werden ins Untergeschoss verlegt und durch Lagerräume sowie einen Besprechungsraum/Büros ersetzt. Die ehemalige Kitchenette wird ebenfalls in Büros umgewandelt. Im vierten Untergeschoss entsteht der neue Serverraum mit modernster Technik und einer neuen Brandschutzanlage. Die Heizungs- und die

Klimaanlage werden erneuert. Außerdem werden auf dieser Ebene ein Abstellraum und ein Fahrradabstellraum eingerichtet. Die angrenzende Garage wird in einen Technikraum umgewandelt. Das Dach der Garage wird begrünt, um sich harmonischer in die Aussicht von der Terrasse einzufügen. Das Projekt wird über den außerordentlichen Haushalt der Jahre 2026 und folgende finanziert.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: An diesem Standort befinden sich zwei wichtige Installationen der Informatikabteilung der Stadt Luxemburg. Zum einen mündet hier ein zentraler Glasfaser-Hauptverteiler, zum anderen befindet sich hier das zweite Data Center der Stadt Luxemburg. Der Standort ist ideal. Er wurde früher schon vom *Service Electricité* genutzt.

Das Glasfasernetz der Stadt Luxemburg hat derzeit eine Länge von 464 km. Änderungen in diesem Bereich sind komplex und die Arbeiten werden sich über Jahre erstrecken. Die Glasfaserkabel werden unterirdisch verlegt, meist im Rahmen umfangreicher Straßenbauarbeiten. Das Glasfasernetz der Stadt Luxemburg, das einen wesentlichen Bestandteil der Missionen unserer Informatik darstellt, ist zuverlässig, schnell, sicher und flexibel. Eines der „Big Four“-Unternehmen hat im Rahmen eines Audits betont, dass es für die IT-Souveränität der Stadt Luxemburg ein wichtiger Vorteil ist, über ihr eigenes Glasfasernetz zu verfügen, weil dies ihre Unabhängigkeit gegenüber den Telekom-Anbietern gewährleistet und somit ihre digitale Resilienz wesentlich verbessert.

Das unterhalb des Boulevard Roosevelt gelegene Data Center dient hauptsächlich als Backup für die Hauptinstallationen, die sich am Standort Rocate befinden. Käme es dort zu einem Ausfall, könnte auf den Standort Boulevard Roosevelt zurückgegriffen werden, und umgekehrt.

In der Kommission wurde das Thema Auslagerung angesprochen. Eine Auslagerung der ganzen Anlagen würde Kosten in Höhe von 1,1 Millionen Euro pro Monat sowie zusätzliche Installationskosten generieren.

Seit mehreren Jahren versuchen wir, einen weiteren Standort ausfindig zu machen, wo die Informatik und das Data Center an einem Standort wären, und wohin das Glasfasernetz dann schrittweise über Jahre hinweg verlagert werden könnte. Ein potenzieller Standort konnte im Rahmen des Teilbebauungsplanes „Nei Hollerich“ ausgemacht werden. Da es jedoch bis zur Umsetzung des Projektes noch dauern wird, sollen nun die vorliegenden Modernisierungsarbeiten am Standort Boulevard Roosevelt durchgeführt werden, so dass wir diese Anlage noch während einer Reihe von Jahren sicher nutzen können.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Das Gebäude unterhalb des Boulevard Roosevelt liegt in der UNESCO-Zone. Es fügt sich so diskret in das Stadtbild ein, dass viele Menschen nichts von seiner Existenz wissen. Lediglich der Anbau stört, und diese Bausünde soll im Rahmen dieses Projektes behoben werden. Das Gebäude wurde im Rahmen der Elektrifizierung der alten Trambahn als Umverteilungszentrale gebaut. Es handelt sich demnach um ein industrielles Gebäude, das aber noch eine zweite Funktion hatte, indem es als Panorama-Terrasse diente.

Um das Gebäude bzw. die Terrasse bauen zu können, mussten die Stromstränge zusammengeführt werden, was erklärt, dass es bis heute ein technisches Gebäude ist. Edouard André sprach von der Aussicht, die man vor hier auf die „Nei Bréck“ (*Pont Adolphe*) hat, als „la plus belle scène d'Europe“. Was wohl den wenigsten aufgefallen sein mag, ist, dass das Gebäude bewusst in der Achse des Casino-Gebäudes liegt, von dessen Terrasse man ins Tal hinab blicken konnte. Wenn man den Boulevard Roosevelt umgestaltet, muss man den Standort auch im Zusammenhang mit dem Casino-Gebäude und der „Nei Bréck“ betrachten. Man sollte zudem nicht vergessen, dass der Staat der Stadt Luxemburg den Standort zur

Verfügung gestellt hatte, mit der Auflage, das Gebäude so zu bauen, dass es sich baulich diskret in das Stadtbild einfügt. Ich kann der Stadt zu diesem Projekt nur gratulieren, das nicht nur die Modernisierung des Data Centers ermöglicht, sondern auch zur Verschönerung dieses Standorts beitragen wird.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Unsere Fraktion wird dieses Projekt mittragen, da es sich um notwendige Arbeiten handelt und es kurzfristig keine andere Lösung gibt. In der Kommission haben wir erfahren, dass bereits seit 30 Jahren gewusst ist, dass sich der Standort für ein Data Center nicht so recht eignet und ein neuer Standort benötigt wird. Hätte man etwas vorausschauender geplant, hätte man bereits früher mit der Suche nach einem neuen Standort beginnen können, so dass heute ein effizienteres, ökologischeres Projekt hätte vorgelegt werden können. Schöffe Goldschmidt sprach von einem potenziellen Standort im Rahmen des Projektes „Nei Hollerich“. Wir stellen fest, dass im Mehrjahresplan keine Gelder für ein neues Data Center eingeschrieben sind. Welches Energiekonzept ist für das neue Data Center vorgesehen? Die EU legt einzuhaltende Kriterien fest. Die Stadt täte gut daran, so schnell wie möglich ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Rahmen des Projektes „Nei Hollerich“ müssen zuerst die Straßen gebaut und das Viertel an die Trambahn angebunden werden. Der von der Stadt Luxemburg für ein neues Data Center ausgesuchte Standort wird die Vorgaben des votierten Teilbebauungsplans respektieren. Das Grundstück wird im Besitz der Stadt Luxemburg sein. Und selbstverständlich wird das Gebäude entsprechend den modernsten Kriterien und Standards gebaut werden.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Bis das neue Data Center „Nei Hollerich“ steht, werden sicherlich noch mindestens zehn bis 15 Jahre vergehen, d.h. dass wir den Standort Boulevard Roosevelt noch benötigen. Ein Projekt für den Bau eines neuen Rechenzentrums ist noch nicht in Ausarbeitung. Bekannt ist, dass der Stadt Luxemburg im Rahmen des Teilbebauungsplanes „Nei Hollerich“ Grundstücke zugewiesen werden. Eines dieser Grundstücke würde sich für den Bau eines Rechenzentrums eignen. Zu gegebenem Zeitpunkt, wenn wir Näheres wissen, werden wir die zuständige Kommission und den Gemeinderat darüber informieren. Und selbstverständlich wird das Gebäude entsprechend den neuesten Standards gebaut werden.

Das Projekt wird einstimmig gutgeheißen.

IX URBANISMUS

1) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE „Kirchberg Grünewald Sud [KIR-gs]“

Die Stadt Luxemburg beabsichtigt, eine punktuelle Änderung am schriftlichen und grafischen Teil des bestehenden Teilbebauungsplanes QE „Kirchberg Grünewald Sud [KIR-gs]“ vorzunehmen. Der Teilbebauungsplan QE „Grünewald Sud“ wurde am 28. April 2017 vom Gemeinderat und am 5. Oktober 2017 vom Innenminister genehmigt. Eine erste punktuelle Änderung wurde am 9. Juli 2018 vom Gemeinderat beschlossen.

Die vorgeschlagene Änderung betrifft ausschließlich die Lose M11 (A1+A2+B), die den Parzellen mit den Katastrnummern 435/5629 und 435/5630 entsprechen, sowie das Los CHK, das den Parzellen mit den Katastrnummern 435/5234 und 435/5308 entspricht. Die von der Änderung betroffenen

Parzellen sind im Flächennutzungsplan als „zone mixte urbaine centrale [MIX-c]“ sowie als „zone de bâtiments et équipements publics [BEP]“ ausgewiesen.

Die Änderung in Bezug auf die Lose M11 (A1+A2+B) zielt auf die Schaffung eines dynamischen und multifunktionalen Gebäudekomplexes ab, der Wohn-, Verwaltungs- und Gewerbeflächen integriert. Dabei werden die bestehenden Infrastrukturen und die Grünanlagen, insbesondere die öffentlich zugänglichen Gärten, erhalten und verbessert. Das in Abstimmung mit dem „Fonds Kirchberg“ und der Stadt Luxemburg entwickelte Architekturprogramm sieht eine Erhöhung der oberirdischen Bruttogeschossfläche von 58.440 qm auf 79.180 qm vor, was zusätzlichen 20.740 qm entspricht. Der Großteil dieser Fläche ist für Wohnraum vorgesehen. Das neue Wohnangebot umfasst bezahlbaren Wohnraum (6.106 qm) und „établissements d'hébergement“ (14.360 qm) und trägt so zur Deckung des vielfältigen Wohnraumbedarfs bei. Diese kontrollierte, gemeinwohlorientierte Verdichtung soll das Wohnraumangebot stärken und gleichzeitig eine harmonische Integration in das bestehende Stadtbild gewährleisten.

Das Los CHK ist für die Bedürfnisse des „Centre Hospitalier Kirchberg“ bestimmt. Die Infrastruktur des Krankenhauses soll erweitert und modernisiert werden, um den aktuellen Kapazitätsengpässen, den sich wandelnden Pflegestandards und dem steigenden Bedarf an Notfalldiensten gerecht zu werden. Diese Änderung sieht eine Vergrößerung der Brutto-Baufläche um 55.152 qm vor, wodurch sich die Gesamtbaufläche des Krankenhausgeländes auf 147.001 qm erhöht.

Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 30 Tagen zur öffentlichen Einsicht des Dossiers wurden keine Einwände eingereicht. Die „Cellule d'évaluation“ des Ministeriums für innere Angelegenheiten hat in ihrem Gutachten eine Anmerkung formuliert. Der Urbanismusdienst der Stadt Luxemburg hat dazu Stellung bezogen und ist der Ansicht, dass das Projekt keiner Anpassung bedarf.

Rat Claude RADOUX (DP): Die vorgeschlagene Änderung betrifft zwei Parzellen. Eine davon liegt an der Avenue John F. Kennedy. Dabei handelt es sich um das Grundstück, auf dem das frühere Hauptgebäude der Banque Générale steht.

Für das Grundstück auf der gegenüberliegenden Seite, das bereits als BEP-Zone eingestuft ist, wird ebenfalls eine punktuelle Anpassung vorgenommen. Diese wird den Ausbau des „Hôpital Kirchberg“ ermöglichen, u.a. mit einem 17 Stockwerke hohen Turm.

Auf dem BGL-Gelände sind die Abrissarbeiten in vollem Gange. Das Untergeschoss des Gebäudes – das Parkhaus – sowie der Park bleiben erhalten. Letzterer soll öffentlich zugänglich werden, mit einer Öffnung zu den Straßen hin. Das Architekturprogramm sieht eine Erhöhung des Bauvolumens vor. Nach Abschluss der Bauarbeiten wird der aktuelle Besitzer eines der Gebäude an den Fonds Kirchberg abtreten. Auf einer anderen Parzelle, auf der sich heute eine in die Tiefgarage führende Rampe befindet, wird ein größeres Gebäude mit Co-living-Wohneinheiten („logements de type établissement d'hébergement comportant des unités de chambres données en location“) entstehen. Es wird sich also um Zimmer mit Gemeinschaftsräumen handeln. In der Kommission haben wir erfahren, dass dieses Gebäude an das Wohnungsbauministerium verkauft werden soll, und dass die diesbezüglichen Gespräche zwischen dem Ministerium und dem Besitzer/Promotor gut voranschreiten. Das Architekturprogramm sieht den Bau von Gebäuden unterschiedlicher Höhe vor. Neben Wohnraum werden auch Büros geschaffen.

Rat Fabricio COSTA (déi gréng): Das Projekt mit dem Bau zusätzlicher Wohnungen, mit Gewerbeflächen, Büroraum und dem öffentlich zugänglichen Park schafft einen Mehrwert für das Viertel und darüber hinaus. Der Park wird eine Verbindung zwischen der Avenue John F. Kennedy und der Rue Edward

Steichen schaffen. Es ist zu begrüßen, dass der Großteil der neu entstehenden Wohnungen in öffentlicher Hand sein werden. Die Co-Living-Wohneinheiten sind ein wichtiger Aspekt des Architekturprogramms. Es ist vorgesehen, diese für kurze Zeit an junge Berufstätige zu vermieten. Im Viertel Kirchberg macht dies Sinn, da hier viele Unternehmen angesiedelt sind, die junge Mitarbeiter beschäftigen. Neben Co-Living-Wohneinheiten werden auch vom Aufbau her „normale“ Wohneinheiten entstehen. Das ist zu begrüßen, denn die oberste Priorität der öffentlichen Hand muss darin bestehen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der bestehende Park war bisher nur für die BGL-Angestellten zugänglich. Nun soll er öffentlich zugänglich werden und eine Verbindung zwischen der Avenue John F. Kennedy und der Rue Edward Steichen herstellen.

Im Rahmen des sogenannten Kronos-Projektes werden im Sinne einer sozialen Durchmischung drei verschiedene Arten von Wohnungen entstehen: bezahlbare Wohnungen, „hébergementes comportant des unités de chambres à donner en location“ und „établissements d'hébergement“. Vor Kurzem wurde bestätigt, dass der Promotor und das Wohnungsbauministerium eine Vereinbarung getroffen haben, die den Verkauf des ersten Gebäudes an das Ministerium vorsieht. In dem Gebäude sollen hauptsächlich Co-Living-Wohneinheiten geschaffen werden. Das in Abstimmung mit dem „Fonds Kirchberg“ und der Stadt Luxemburg entwickelte Architekturprogramm sieht zusätzliche 20.740 Quadratmeter vor, die alle für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums vorgesehen sind.

Das neue Gebäude des „Hôpital Kirchberg“, das auf der anderen Seite entstehen wird, mag auf den Plänen imposant aussehen. Das Gesundheitsministerium hat uns jedoch versichert, dass das Gebäude sich in die geplante Entwicklung des Krankenhauses einfüge. Der Ausbau sieht eine Vergrößerung der bebauten Bruttofläche um 55.152 qm vor, wodurch sich die Gesamtbaufäche des Krankenhausgeländes auf 147.001 qm erhöhen wird.

Das CHL (*Centre hospitalier de Luxembourg*) wird bekanntlich ebenfalls ausgebaut, wodurch sich dessen Gesamtbaufäche auf 149.000 qm erhöhen wird. Die beiden Spitäler werden demnach in Zukunft in etwa gleich groß sein.

Die punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE „Kirchberg Grünwald Sud [KIR-gs]“ wird einstimmig gutgeheißen.

2) Neuordnung von Bauland

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Neuordnung folgender Grundstücke zu:

- 160, Mühlenweg: Teilung der Parzelle 532/8539 zwecks Schaffung von zwei Bauplätzen, von denen das Los 532/X2 in einer späteren Phase mit der angrenzenden Parzelle 532/7706 zusammengeführt wird;
- 42-44, Rue des Genêts: Neufestlegung der Grenze zwischen den Parzellen 537/5788 und 537/6628;
- Avenue John F. Kennedy (Standort Kronos): Teilung der Parzelle 435/5629 gelegen im Bereich der Avenue John F. Kennedy, der Rue Marie et Joseph Hackin und der Rue Edward Steichen zwecks Schaffung von 16 neuen Bauplätzen, auf denen Neubauten entstehen können.

X AUSSERORDENTLICHE SUBSIDIEN

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Vielen Dank an Frau Cum und Frau Lentz für die Vorbereitung der uns in der Kulturkommission unterbreiteten Dossiers! In der Kommission wurde der Wunsch geäußert, verschiedene Projekte wie das „Afrik'art Festival“ oder das „Lux Soca Fusion Festival“ auch in der „Commission du vivre ensemble interculturel“ besprechen zu können. Es handelt sich um Kulturprojekte, die Menschen zusammenbringen und mehr als nur Tanz-, Musik- oder Theaterveranstaltungen sind.

Das Projekt „Arts et Potager“ ist lobenswert. Es handelt sich um eine Art „tiers-lieu“. Es ist immer wieder interessant zu sehen, wie von der Stadt Luxemburg gewährte Subsidien genutzt werden, um Künstler für Veranstaltungen zu gewinnen und dabei die Arbeitsbedingungen für Künstler, für die sich die Vereinigung ASPRO einsetzt, zu respektieren.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Ich kann mich den Worten von Rätin Camarda nur anschließen. Den Vorschlag, Projekte wie das „Afrik'art Festival“ oder das „Lux Soca Fusion Festival“ auch in der Kommission für interkulturelles Zusammenleben zu thematisieren, unterstützen wir. Unseren Informationen zufolge soll bereits morgen eine gemeinsame Sitzung der Kulturkommission und der Kommission für interkulturelles Zusammenleben stattfinden. Wir begrüßen, dass so schnell auf einen Wunsch der Kommission reagiert wurde.

Folgenden Vereinigungen werden einstimmig außerordentliche Subsidien gewährt:

Libeski Kollektiv – Avignon OFF Theaterprojekt „Une rose plus rouge“	17.500 €
Canopée a.s.b.l. „Arts et Potager“ 2026-2027	64.000 € (35.000 € im Jahr 2026, 29.000 € im Jahr 2027)
Luxembourg Carribean Carnival Association a.s.b.l. „Lux Soca Fusion Festival“	3.500 €
AAFAL a.s.b.l. Afrik'art Festival	5.000 €
Tango Argentino a.s.b.l. Tango-Abend	3.500 €

XI GERICHTSANGELEGENHEITEN

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.

XII KONVERTIERUNG/SCHAFFUNG VON POSTEN

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Konvertierung von Posten in der Stadtbibliothek (1 Posten) bzw. im Konservatorium (2 Posten) zuzustimmen.

Der Gemeinderat ist darüber hinaus aufgerufen, der Schaffung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen: Konservatorium (4 Posten), Dienststelle des Umweltdelegierten (1 Posten), *Service Eaux* (2 Posten), *Service Architecte-Maintenance* (1 Posten), Generalsekretariat (1 Posten).

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Wir begrüßen die Schaffung eines Postens zur Unterstützung des Umweltdelegierten, dem es nicht an Arbeit mangelt.

Beim *Service Eaux* werden zwei Posten geschaffen, um zusätzliche Arbeitslasten aufzufangen, dies infolge der Installation von Wasserenthärtungsanlagen. Werden letztere ausschließlich an bestimmten Standorten eingerichtet?

Als Begründung für den in der Dienststelle „Architecte-Maintenance“ zu schaffenden Hauswart-Posten wird angeführt: „um eine ständige Präsenz vor Ort zu gewährleisten und den reibungslosen Betrieb des *centre sociétaire* in Weimershof sicherzustellen“. Gibt es weitere Vereinszentren, in denen ständig ein Hausmeister anwesend ist?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Stadt Luxemburg zählt mehr als 70 „logements de service“ in Schulen, Kulturzentren. Da das Vereinszentrum in Weimershof etwas abgelegen liegt, ist die ständige Präsenz eines Hauswarts angebracht.

Wer den Erklärungen von Schöffin Beissel aufmerksam zugehört hat, weiß, dass der Wasserhärtegrad je nach Stadtteil variiert. Die Enthärtungsanlagen kommen vor allem dort zum Tragen, wo hohe Wasserhärtegrade gemessen werden. Kalzium ist unter anderem für den Knochenaufbau wichtig, hartes Wasser lässt aber auch Wasserkocher, Geschirrspüler und Kaffeemaschinen verkalken.

Rat François BENOY (déi gréng): Im Konservatorium werden vier zusätzliche Posten geschaffen, darunter eine Vollzeitstelle eines „attaché“, der die kulturellen und bereichsübergreifenden Aufgaben des Konservatoriums übernehmen soll. Warum hat sich der Schöffenrat für diese Vorgehensweise entschieden? Meiner Ansicht nach sollte zuerst die neue Direktion ihre Arbeit aufnehmen und ein Konzept vorlegen, bevor neue Posten geschaffen werden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die diesbezüglichen Überlegungen des Schöffenrates wurden unter Punkt 4 (Personalangelegenheiten) in nichtöffentlicher Sitzung ausführlich dargelegt. Die betreffende Person hat sich 15 Jahre lang mit Herz und Seele für das Konservatorium eingesetzt und maßgeblich zu dessen Erfolg beigetragen. Sie hat darum gebeten, von ihren bisherigen Aufgaben entbunden zu werden, sich aber auf kultureller Ebene weiterhin im Interesse des Konservatoriums engagieren zu können. Hiermit sind wir dieser Anfrage nachgekommen.

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.

Neuordnung von Bauland

Unter dem Punkt „Urbanismus“ hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 27. April 2026 der Neuordnung mehrerer Baulandparzellen zugestimmt. Die Beschlüsse wurden per Mitteilung vom 15. Mai 2026 bekanntgegeben und können auf der Internetseite der Stadt Luxemburg (www.vdl.lu) eingesehen werden.